Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug halbmtl. GM. 1.10. Postbez monatl. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 5 Gpfg., Sonnabends 25 Gpfg. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik usw.) besteht k. Anspr. a. Liefer. od. Rückvergüt.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklameteil 28 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 163 — **Montag, den 14. Juli 1924** — **164. Jahrgang**

Reichskanzler Marx als betrübter Lohgerber.

Bei einem Presseempfang am Sonnabend sprach sich der Reichskanzler Marx über die neueste Entwickelung der Aussichten der Londoner Konferenz aus — sehr im Gegensatz zu seiner bisherigen bewiesenen

„Silberstreifen"-Auffassung,

die wir von Anbeginn als abwegig bekämpft haben. Er mußte „leider" feststellen, daß die Erwartungen, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes nach dem Bekanntwerden der Vorschläge und Forderungen des Sachverständigengutachtens aufkeimten, vielfach wieder ernster Sorge und Befürchtungen Platz gemacht haben. Wir waren uns vom ersten Tage an darüber klar, daß die Durchführung des Sachverständigengutachtens nur möglich und wirksam sein könnte, wenn damit eine neue Aera des guten Willens und der ehrlichen Verständigung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht einsetzen würde. Herr Marx berichtigte dann die verlogenen Behauptungen Poincares betr. des üblen Willen Deutschlands und führte weiter aus:

„Es liegt mir fern, über die Londoner Konferenz, zu der bis heute

eine Einladung an uns nicht ergangen

ist, heute schon ein Urteil zu fällen. Feststellen aber muß ich, daß durch die Pariser Abmachungen zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs manche auf die Londoner Konferenz gesetzten Hoffnungen ernstlich bedroht scheinen. Wenn der große Gedanke, in dem wir das Sachverständigengutachten durchführen zu können hoffen, wirklich lebendig wäre, dann müßte es auch für die siegreichen Nationen selbstverständlich sein, daß Deutschland, um dessen wirtschaftliche und nationale Existenz seit Jahren das Spiel geht, jetzt ernstlich als

gleichberechtigter Partner

zu den Verhandlungen zugelassen werden müßte. **Wir wollen wieder vertragsmäßige Zustände.** Wir wollen wieder, daß der Versailler Vertrag und das Rheinlandabkommen voll in Kraft gesetzt werden und die Rechtsgrundlage bilden, auf der wir uns mit unseren ehemaligen Gegnern auseinandersetzen können. Wir wollen endlich wieder unsere nationale Freiheit und Gleichberechtigung mit den anderen Völkern. Die Bedingung, die die deutsche Regierung an die Durchführung des Sachverständigengutachtens knüpft, ist einzig und allein die, daß das Gutachten von allen Beteiligten seinem Inhalt und Geiste gemäß aufrichtig angenommen und durchgeführt wird. Eine andere Bedingung stellt die deutsche Regierung nicht, und irgendeine andere Voraussetzung für die Annahme des Gutachtens gibt es für sie nicht: Inhalt und Geist des Gutachtens der Sachverständigen fordern aber unserer Ueberzeugung nach die Wiederherstellung des freien Rechtszustandes und die Schaffung all der Bedingungen und Erleichterungen, die zum Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft erforderlich sind.

Die Reichsregierung vertraut darauf, daß der Reichstag die Regierung unterstützen wird, denn einen anderen Weg, der uns aus dem wirtschaftlichen Elend, das täglich größer zu werden droht, herausführen kann, als die Durchführung des Sachverständigengutachtens, sehe ich nicht. Deutschlands Schicksal aber auch das Schicksal Europas, hängt jetzt einzig und allein davon ab, ob der gute Wille, Europa vor dem Schlimmsten zu bewahren, der uns aus den Sachverständigengutachten zu sprechen scheint, nicht nur von uns, sondern auch von der Gegenseite betätigt wird.

Ueber den

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

meint der Kanzler, dieses könne nur geschehen, wenn Deutschlands Würde, Ehre und Wohl dabei voll gewahrt erschienen.

Die Schutzzollfrage

berührte Herr Marx ebenfalls und warnte davor, sie zum Gegenstand theoretischen Parteigezänkes zu machen. Es handle sich dabei lediglich um die

Errettung der schwer bedrohten deutschen Wirtschaft vom Untergang.

Die hart bedrängte Landwirtschaft muß insbesondere geschützt werden, wenn die Ernährung des deutschen Volkes nicht ernstlich gefährdet werden soll. Schließlich ermahnte der Kanzler die Pressevertreter, nach außen mehr nationale Disziplin und Geschlossenheit zu wahren und das nationale Selbstbewußtsein auch ihrerseits stärken zu helfen, eine Mahnung, die sich die Zentrumspresse nicht minder, als die demokratische und sozialistische hinter die Ohren schreiben sollte!

Die heutige Reichsregierung hat bislang jedenfalls nichts getan, um das nationale Selbstbewußtsein zu heben und aus dieser verläßlichen Kraftquelle sich eine feste Basis des Widerstandes gegen die Vernichtungsgelüste skrupelloser Feinde zu schaffen.

Frankreichs Kritik an Marx.

Paris, 13. Juli. Zu der gestrigen Rede des Reichskanzlers Marx äußert sich die Pariser Presse im allgemeinen ziemlich abfällig. Der „Temps" wirft dem Reichskanzler vor, daß er die politische Situation verkenne, weil er die von Frankreich gemachten Zugeständnisse (!!) nicht würdige. Die französische Regierung hat den Ausgewiesenen die Erlaubnis zur Rückkehr gegeben. Der „Temps" fragt, mit welchem Recht könne das offizielle Deutschland, da es also noch keine von den im Vertrag vorgesehenen Beschlüssen ausgeführt habe, von Frankreich die Zusage verlangen, unverzüglich Zugeständnisse zu machen, die nirgendwo im Vertrag stünden !!.

Die englisch-amerikanische Großfinanz gegen Verkrüppelung des Gutachtens.

London, 12. Juli. Der diplomatische Vertreter des „Daily Tel." teilt mit, daß die Citykreise die Nationalen informiert hätten, die City könne ihren Teil der Dawesanleihe nicht aufbringen, falls Frankreich an dem Standpunkt festhalte, den die französisch-britische Note formuliert. Diese Cityhaltung wurde von jedem Kenner der Lage vorausgesehen. Weder englische, noch amerikanische Kapitalisten werden ein Settlement finanzieren, das Deutschland diktiert wird und das Frankreich das Recht läßt, nach Gutdünken Deutschlands Verfehlungen zu erklären und Sanktionen anzuwenden.

Der der Arbeiterpartei nahestehende „New Statesmann" sagt: Zu Verfolgung des Wahngebildes einer aufrichtigen Verständigung mit einem siegreichen Frankreich, scheint Macdonald viel geopfert und dafür nur ein Dokument erhalten zu haben, das den liebenswürdigen Herriot im Amte hält, aber die Konferenz wahrscheinlich hindern werde, irgendwelches konkretes und bindendes Settlement zu erlangen. Der „Daily Herald" setzt hartnäckig sein beredtes Schweigen über Macdonalds letzte diplomatischen Leistungen fort.

Die amerikanische Finanzwelt wird aller Wahrscheinlichkeit nach dieselbe Haltung einnehmen und für ihre Mitwirkung die Bedingung stellen, daß der unveränderte Dawes-Bericht die Grundlage bleiben müsse. Es kommt ferner in Frage, daß England und Frankreich sich keineswegs geeinigt haben über die Form, in der Amerika zur Feststellung einer deutschen Nichterfüllung herangezogen werden soll. Frankreich hat in den Pariser Besprechungen bisher nur zugestanden, daß ein Amerikaner an den Verhandlungen über die Feststellung einer Nichterfüllung teilnehmen dürfe, um Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, die ausschließlich die Interessen amerikanischer Zeichner deutscher Anleihen betreffen. England wünscht, daß ein amerikanischer Vertreter bei der Feststellung der Nichterfüllung als Schiedsrichter mitentscheidender Stimme mitwirken soll.

Youngs Londoner Mission.

Paris, 12. Juli. Der amerikanische Sachverständige Young ist heute auf der Durchfahrt nach England in Cherbourg eingetroffen. Er empfing an Bord des Dampfers einen französischen Pressevertreter. In der Unterhaltung bestätigte Young, daß er zur Konferenz nach London gehe, und fügte wörtlich hinzu: „Meine Londoner Mission ist noch nicht klar definiert. Ich erwarte Weisungen aus Washington, die es mir gestatten werden, die Rolle eines offiziell akkreditierten Schiedsrichters zu spielen. Ende des Monats werde ich in Paris sein."

Macdonalds Zugeständnisse.

London, 13. Juli. Laut „Sunday-Expreß" werden vor dem Zusammentritt der interalliierten Konferenz am Mittwoch wichtige Kabinettsbesprechungen stattfinden, um die britische Politik, die den Alliierten unterbreitet werden soll, weiter festzulegen. Die britische Regierung legt natürlich angesichts der wichtigen Fragen, die auf der Konferenz erörtert werden müßten, nicht allzu viel Zuversicht bezüglich der Ergebnisse an den Tag. Der „Observer" betont, daß die Zugeständnisse, die Macdonald im Interesse des Zustandekommens der Konferenz machte, nicht Herriot sondern Poincare gemacht worden seien, der jetzt seine Macht ohne Verantwortlichkeit genieße. Der Dawesplan könne aber nur Erfolg haben, wenn Deutschland ein „williger Teilhaber" sei und wenn die Sicherung Deutschlands sowohl wie der deutschen und auswärtigen Kapitalgeber, ohne deren Unterstützung der Plan nicht durchzuführen sei, verbürgt werde. Die Mitwirkung Deutschlands sei die Grundlage des Sachverständigenplanes. Wenn bezüglich des Dawesplanes Kompromisse geschaffen würden, sei es schlimmer, als wenn er zerstört würde. An anderer Stelle weist das Blatt darauf hin, daß die Räumung des Ruhrgebietes eine zum Dawesbericht gehörige Bedingung sei. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer" schreibt, die bevorstehende Konferenz werde in diplomatischen Kreisen als eine gute, wahrscheinlich als letzte Möglichkeit zur Erzielung einer Reparationsregelung mit Deutschland angesehen. Es bestehe kein Zweifel, daß die Deutschen „gehört" werden würden.

Hughes' und Mellons Mission.

Hughes wird mit Macdonald und Herriot konferieren. Mit dieser amtlich zugegebenen Tatsache stimmt der angebliche private Zweck der Europareise der beiden amerikanischen Staatsmänner nicht zusammen. Man wird mit einer lebhaften Einflußnahme Amerikas auf die Londoner Verhandlungen rechnen dürfen.

Die „letzte" Militärkontrolle.

Die fünf Punkte der Militärkontrolle.

Die Antwortnote der Botschafterkonferenz nimmt Bezug auf die noch unerledigte Regelung der fünf Punkte, die in der Note vom 29. September 1922 aufgezählt waren. Diese fünf Punkte betreffen die Ausführung einer Anzahl Artikel des Versailler Vertrages, die folgendes bestimmen: 1. Reorganisation der deutschen Polizei, 2. Umstel-

Dawes-Plan und interalliierte Verschuldung.

Bei allen Verhandlungen der Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs drängt sich immer wieder das Problem der interalliierten Verschuldung in den Vordergrund. Man scheint sich vorerst zwar mit der Feststellung zu begnügen, daß vor endgültiger Fixierung einer Gesamtsumme der Reparationsschulden nicht an eine Regelung dieser Frage herangegangen werden kann. Im Dawes-Gutachten durfte bekanntlich von der Gesamtsumme nicht gesprochen werden. Dennoch meinte kurz nach seiner Veröffentlichung die National City Bank, das größte amerikanische Finanzinstitut, in ihrem Monatsbericht, daß im Dawes-Plan über die Gesamtsumme indirekt sehr viel ausgesagt sei und damit zu dem Problem der interalliierten Kriegsschulden von neuem Stellung genommen werden müsse. An sich sollte man annehmen, daß die Summe des Londoner Ultimatums vom Mai 1921 mit insgesamt 132 Milliarden Goldmark bestehen bleibt. Dem gegenüber hat das große amerikanische Finanzblatt „The Sun" darauf hingewiesen, daß die im Dawesbericht geforderte höchste Jahresleistung von 2½ Milliarden Goldmark auf eine Gesamtschuld von 132 Milliarden „als ein Witz anmuten würde", denn die letztere Summe, zu 5 Prozent verzinst, würde doch Zahlungen von 6,6 Milliarden Goldmark allein an Zinsen jährlich erheischen, also fast dreimal so viel wie als Höchstleistung vorgesehen. Damit würde die Schuld Deutschlands, statt geringer zu werden, Jahr für Jahr um eine Million Dollars steigen. Die jetzt festgesetzten Annuitäten stellen also 5 Prozent Zinszahlungen auf eine Gesamtsumme von 50 Milliarden Goldmark her: rechnet man gemäß dem Londoner Plan mit 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung, so bedeuten 2½ Milliarden eine jährliche Zahlung von 6 Prozent auf eine Gesamtsumme von 40 Milliarden. Die gleiche Gesamtsumme ergab sich jedoch bereits aus dem letzten Moratoriumsvorschlag des englischen Delegierten in der Reparationskommission Bradbury, der im Dezember 1922 erfolgte, als Deutschland die Zahlungen aus dem Londoner Ultimatum nicht mehr leisten zu können erklärte. Eine Erleichterung hat der Bericht also in dieser Beziehung nicht gebracht, zumal wir im Gegensatz zu früheren Plänen auch während der Moratoriumszeit erhebliche Summen aufzubringen haben. Wie verhält sich nun diese Gesamtsumme zu den Schulden der Alliierten, und welche Bedeutung würde der vieldiskutierte Schuldenerlaß Amerikas für die Reparationssumme haben?

Die Sache liegt folgendermaßen: England schuldet den Vereinigten Staaten Dollar 4,6 Milliarden, anderen Staaten etwa Dollar 0,8 Milliarden. Dagegen hat es von seinen Verbündeten rund Dollar 10 Milliarden zu bekommen, wäre also bei einem allgemeinen Ausgleich mit gut 4 Milliarden im Vorteil. Daß England auf seine Forderungen zu verzichten geneigt ist, wenn Amerika das gleiche tut, hat es in der Balfour-Note vom Juli 1922 deutlich erklärt. Frankreich hat insgesamt ca. Dollar 6 Milliarden zu zahlen, davon an England und die Vereinigten Staaten je etwa 2,9 Milliarden. Zu fordern hatte es März 1922 rund 15 Milliarden Frank, aber fast alles von Rußland und den Balkanstaaten. Seitdem hat es weitere große Rüstungskredite an Polen und die Tschechei gewährt, die zu einem bedeutenden Teil aus den deutschen Zahlungen flossen.

Es steht nun fest, daß Deutschland an die Alliierten bisher Leistungen im Werte von mindestens 20 Milliarden Goldmark gemacht hat, die von deutschen Stellen sogar auf 40—50 Milliarden beziffert werden, von den Franzosen auf kaum 7—8 Milliarden. Geben wir zu, daß Frankreich mit diesen Beträgen seine Schulden von rund 24 Milliarden Goldmark nicht hätte abzahlen können, da es sich zum überwiegenden Teile um Sachwerte handelt. Aber der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hätte damit sicherlich durchgeführt werden können — wenn die Franzosen das Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen hätten. In der Tat kann aber der Verwendungszweck der „Reparationszahlungen", wenn es sich nicht um einen ganz willkürlichen Tribut handeln soll, kein anderer sein, als 1) die Schulden der Alliierten (Kriegskosten) abzutragen, 2) die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Da die Amerikaner auf deutsche Zahlungen verzichtet haben, so bleiben die 24 Milliarden Goldmark französische Schulden, auf welche England schon lange und Amerika neuerdings wieder zu verzichten geneigt ist; und es bleiben die ca. 20 Milliarden Wiederaufbaukosten, wie sie Keynes schon in seinem Buche über den Versailler Vertrag kalkuliert hat — macht zusammen etwa 44 Milliarden, was dem oben kapitalisierten Betrag der Reparationsgesamtsumme ungefähr entsprechen würde. Verzichten also Frankreichs Gläubiger auf die 24 Milliarden, so blieben uns noch 20 Milliarden, die Deutschland ja bereits bezahlt hat. Damit wäre rein theoretisch betrachtet, Deutschland frei von jeder Leistung.

Wie die Amerikaner zu der Frage des Schuldenerlasses stehen, darüber unterrichtet eine Denkschrift, die im Juli 1922 von einem Ausschuß der „Chicago Association of Commerce" verfaßt worden ist. Diese gründliche Arbeit schließt mit dem Bemerken, daß es klug wäre, die Kriegsschulden zu streichen oder zu vermindern, aber nicht sofort und nicht bedingungslos. Man müsse den rechten Augenblick abwarten: „dann werden wir einer Streichung, einer Verminderung oder einer Neuregelung zustimmen, die gleicherweise die finanziellen Verpflichtungen wie die Handelsbeschränkungen regeln werden, aber nur unter der Bedingung,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240714-18/fragment/page=0001

daß die Staaten Europas sich entschließen, bei der allgemeinen Regulierung die ihnen angemessene Rolle zu spielen." (Verzicht Frankreichs auf seine Rüstungspolitik!)

Der rechte Augenblick scheint gekommen zu sein. Bei weiterer Diskussion des Dawes-Planes wird man einsehen, daß die dort festgesetzten Annuitäten nicht geleistet werden können, was man auch sonst zu seinen Gunsten sagen mag. Damit ist aber, wie die National City Bank in ihrem oben zitierten Bericht schon andeutet, die Aussicht Amerikas auf französische Zahlungen stark reduziert, und man wird drüben erkennen, daß das ganze Problem von Amerika aus geregelt werden kann und muß.

---

lung der Fabriken, 3. Auslieferung des Restes des nicht zugelassenen Kriegsmaterials, 4. Auslieferung der Schriftstücke, die sich auf die Bestände an Kriegsmaterial zur Zeit des Waffenstillstandes und auf die Tätigkeit der Fabriken während des Kriegs und nach dem Waffenstillstand beziehen, 5. Veröffentlichung von gesetzlichen Bestimmungen auf legislativem oder administrativem Wege, je nach den Umständen des Falles, die notwendig sind, um das Verbot der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial wirksam zu gestalten und die Rekrutierung und Organisation des Heeres mit den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages in Einklang zu bringen.

Gegenüber einem von der deutschnationalen Presse veröffentlichten **Brief des stellvertretenden Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion** betr. die Antwort der alliierten Mächte auf die deutsche Note vom 30. Juni in Sachen der Militärkontrolle wird an zuständiger Stelle betont: Die alliierten Regierungen versicherten, daß sie in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung den Wunsch haben, die Kontrolle wenn möglich bis zum 30. 9. zum Abschluß zu bringen und daß die Kontrollkommission mit allen Kräften dazu beitragen werde, diesen Wunsch zu verwirklichen. Die alliierten Regierungen versprechen ferner, daß die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion im Geiste der letzten Mitteilung der alliierten Regierungen abgefaßt und daß Anregungen der deutschen Regierung wegen dieser Modalitäten in diesem Geist geprüft werden sollen. Die Reichsregierung zweifelt nicht daran, daß es gelingen wird, die Angelegenheit der fünf Punkte der Note vom 29.9. 22 bei den Verhandlungen über die Modalitäten der Generalinspektion aus ihrem Rahmen auszuscheiden. (Hm, Hm!)

Amnestie für Caillaux und Malvy. — Der obstinate Senat.

Paris, 13. Juli. Die Kammer hat heute Nacht die Amnestie für Caillaux und für Malvy angenommen. Der Antrag der Opposition, die Amnestie für Caillaux zu verweigern, wurde mit 309 gegen 207 Stimmen, der Antrag, die Amnestie für Malvy zu verweigern mit 338 gegen 149 Stimmen zurückgewiesen. Die Wiedereinstellung der wegen Streikvergehens gemaßregelten Eisenbahner wurde trotz heftigen Widerstandes des ehemaligen Ministers Le Troquer mit 306 gegen 212 Stimmen beschlossen.

Paris, 13. Juli. Trotz des vom Ministerpräsidenten ausgesprochenen Wunsches während der Dauer der Londoner Konferenz das Amnestiegesetz durchzuberaten, hat sich der Senat gestern bis zum 31 Juli vertagt.

* * *

Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

Die am Freitag von den Spitzenvertretern der Gewerkschaften herbeigeführte Aussprache in der Reichskanzlei ist von den Vertretern der Reichsregierung dazu benutzt worden, die absolute

Hinfälligkeit der agitatorischen Schlagworte

nachzuweisen, mit denen die Sozialdemokratie sich anschickt, auf neue schwere innerpolitische Konflikte im Reiche hinzuarbeiten.

So erklärte Reichsfinanzminister Dr. Luther, alles hänge zunächst von der

Bildung neuen Sparkapitals

in Deutschland ab, das deutsche Volk werde in seinen sämtlichen Teilen auf absehbare Zeit **schwer mit Steuern belastet** werden. Wohl sei die Regierung bereit, eine Verschärfung der Erbschaftssteuer, der Einkommensteuer und die Möglichkeit steuerlicher Erfassung von Auslandsgewinnen und sogenannten Inflationsgewinnen in Erwägung zu ziehen. Aber angesichts der Lage in Industrie, Handel und Landwirtschaft verspreche er sich keine nennenswerten Ergebnisse von neuen oder verschärften Besitzsteuern. Man müsse den Traum einer weiteren Erfassung des Besitzes fahren lassen.

In ähnlicher Weise führte dann Ministerialdirektor Popitz vom Reichsfinanzministerium aus, daß es eine irrige Annahme sei, wenn man glaubte, daß das Vermögen und das Einkommen in Deutschland heute nicht genügend besteuert seien. Die Vermögenssteuer betrage durchschnittlich 5 vom Tausend. Dazu kommen die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, die heute bei sehr vielen Steuerpflichtigen auch nichts anderes als eine Vermögenssteuer darstellten. Ein großer Grundbesitz zahle heute 22 v. T. des Wertes. Ein Einkommen sei heute in weiten Schichten überhaupt nicht mehr vorhanden, und deshalb gehe man **dazu über,**

die Substanz anzugreifen.

Der Abfall mache sich jetzt schon deutlich bemerkbar.

An diese Erörterungen schlossen sich vertrauliche Mitteilungen des Reichskanzlers und die prekäre Lage der Landwirtschaft und abermals über das Gutachten. In der anschließenden Diskussion gaben die Vertreter der Freien Gewerkschaften ihrer Enttäuschung über die Mitteilungen der Regierung Ausdruck. Reichsfinanzminister Dr. Luther bezeichnete es als falsch, zu glauben, daß sich in Deutschland lediglich eine Vermögensverschiebung vollzogen habe. Nachdem man jahrelang mehr ausgegeben als eingenommen habe, sei heute vielmehr ein ungeheures Minus zu verzeichnen. Der beste Gradmesser dafür seien die unsinnigen Zinssätze, die heute verlangt würden. Deutschland habe einen Abbau nicht **nur** hinsichtlich seiner Beamtenschaft, sondern auch in der Wirtschaft hinsichtlich des Zwischenhandels vornehmen müssen. Die allgemeine Umsatzsteuer werde

in Spezialverbrauchssteuern umgebaut

werden müssen, wobei insbesondere der Bier- und Tabakkonsum stark herangezogen werden dürfte. Die Einkommens- und Vermögenssteuern werden bis an die Grenze des Möglichen verschärft werden. Es bleibe aber nur die eine Wahl: entweder nehme man die Steuern an, um mit ihnen zu erfüllen, oder man erfülle nicht

Erhöhung der Industriezölle.

Dem Reichstag wird bald nach seinem Zusammentritt ein Antrag auf Verlängerung der Ermächtigung der Regierung, Industriezölle vorübergehend zu erhöhen, zugehen. Die Ermächtigung soll auf zwei Jahre befristet werden, und auf Grund dieser Ermächtigung soll eine sogenannte kleine Revision der Zölle erfolgen. Die vollständige Neubildung der Zölle unter Ausfüllung eines neuen Zollschemas unterliegt noch weiteren Verhandlungen, die jetzt schon in den einzelnen Industrie- und Wirtschaftskreisen im Gange sind. Die kleine Revision der Zölle, die schleunigst durchgeführt werden soll, bezweckt im wesentlichen für die Uebergangsperiode aus dem System der Einfuhrverbote herauszukommen. Es würden demzufolge bis zum Herbst die bestehenden Einfuhrverbote in Fortfall kommen und dafür die Wiedereinfuhrzölle in Kraft treten, jedoch soll hiermit nicht bezweckt werden, Deutschland mit einer Hochzollschutzmauer zu umgeben, sondern es sollen lediglich Verhandlungszölle geschaffen werden, die die Grundlage für Handelsvertragsverhandlungen abgeben können.

Protest des Außenhandelsverbandes gegen die Agrarzölle.

Der Außenhandelsverband (Handelsvertragsverein) hat eine Protesterklärung gegen die beabsichtigten Agrarzölle erlassen.

Dienstentlassung Pochners.

München, 13. Juli. Das gestern von der Disziplinarkammer München in dem Verfahren gegen Oberlandesgerichtrat Pöhner verkündete Urteil lautet auf Dienstentlassung.

Forderungen des Deutschen Beamtenbundes.

Das Provinzkartell Hannover des Deutschen Beamtenbundes hielt dort seine diesjährige Vertreterversammlung ab, die von etwa 200 Vertretern aus den Provinzen besucht war. Das Ergebnis der zweitägigen Beratungen wurde in mehreren Entschließungen niedergelegt. U. a. wurde die Wiedereinführung der vierteljährlichen Vorauszahlungen gefordert. Im Hinblick auf das Sachverständigengutachten wurde verlangt, daß bei Umstellung der Staats- und Reichsbetriebe in Aktiengesellschaften alle jetzigen und künftigen Beamten aus staatspolitischen Gründen unbedingt Reichs- bezw. Staatsbeamte bleiben und nach den Gehaltssätzen der Staats- bezw. Reichsbeamten bezahlt werden.

Aus Stadt und Umgebung

Theaterverein und Verband der Volksbühnen.

Mit dem Volksbühnentag in Hildesheim beschäftigen sich fortwährend Zeitungen der verschiedensten Richtungen. Fast überall liest man wenig günstige Urteile über die sogenannte neutrale Geschäftsführung, die bei der Eröffnung der Geschäftsführer Dr. Niestrikpe-Berlin in so tönenden Worten pries. Sie hätte ja diese neutrale Haltung sofort bei den nächsten Vorstandsrednern, die oft genug in das Fahrwasser gerieten, zur Anwendung bringen und darauf hinweisen können, daß dem Verbande nicht nur links, sondern auch rechts orientierte Mitglieder angehören. Er hat das ebensowenig getan, wie er das Verteilen einer linkspolitischen Hildesheimer Zeitung im Versammlungslokal verhindert hat. Er hatte ja auch nichts dagegen, daß öfters im Verbandsorgan Aufsätze erscheinen, welche des politischen Einschlages nicht entbehren. Wie unser Gewährsmann, der der Tagung beigewohnt hat, uns mitteilt, haben selbst linksstehende Teilnehmer ihre Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Tagung ausgesprochen. Die Organe des Verbandes versuchen es jetzt so hinzustellen, als seien einzelne Redner mißverstanden worden, ja ein Geschäftsführer stellt sogar die kühne Behauptung auf, daß nur ein Redner außerhalb der Tagung einige Ausführungen gemacht habe, die falsch verstanden worden seien. Dieser Geschäftsführer muß, so schreibt unser Gewährsmann, entweder während der einzelnen programmäßigen Vorträge geschlafen oder ihnen nicht beigewohnt haben oder will die Ausführungen nicht richtig verstehen. Wir haben bereits Erklärungen von 5 Rednern gebracht, die leider nur zu eindeutig waren. Erschwerend kommt hinzu, daß diese Redner ihre Vorträge ja mehrere Tage vorher ausgearbeitet und sie nun teilweise ganz abgelesen, teilweise an der Hand derselben gehalten haben. Die Ausführungen sind also wohl überlegt geschehen und um so schwerwiegender für die Beurteilung der Luft, die im Verbande bezw. bei seinen berufenen Vertretern weht. Heute möchten wir noch einige weitere Wendungen aus den programmäßigen Vorträgen folgen lassen.

Ein Redner: Solche durch den Glauben an ein Jenseits eingeengte Menschen können keine wirklichen Menschen bilden. Sie unternehmen nur unfruchtbare Versuche.

Ein anderer Redner: Die Volksbühne ist das proletarische Theater. Ich bin Sozialdemokrat. In der politisch-wirtschaftlichen Bewegung muß der Wille zur Umgestaltung der Zustände vorhanden sein usw.

Wir meinen, daß diese und die frühere Auslese aus den Vorträgen genügen wird, das eine klar zu machen, daß ein Theater-Verein wie der Merseburger, der in seinen Reihen alle Stände und Parteien vertreten sieht, in dem bisher in jeder Beziehung die größte Einigkeit bestanden hat, weil er das Wort Politik nicht kennt und der sich bei Auswahl seiner Stücke stets nur vom künstlerischen Standpunkte hat leiten lassen, nicht Mitglied eines Verbandes sein darf, auf dessen Tagungen solche Reden ungestört gehalten werden. Der Verein darf sich auch von einem Wandertheater nicht einfangen lassen, dessen Leitung mit einem Beamten des Verbandes besetzt wird und deshalb nicht neutral ist. Will er stark bleiben wie bisher, so soll er sich auch in Zukunft freimachen von Einflüssen politischer, konfessioneller und parteilicher Art wie bisher. — Die künftige Bespielung Merseburgs mit guten Kräften ist gesichert.

*

Keine Vorauszahlung der während des Urlaubs der Beamten fälligen Bezüge. Auf eine Eingabe des Preußischen Beamtenbundes hat der preußische Finanzminister geantwortet, daß über diese Frage der Vorauszahlung bereits mit dem Reichsminister der Finanzen verhandelt worden sei. Aus kassentechnischen und aus finanziellen Gründen können diese Bezüge in diesem Jahre während des Urlaubs nicht ausbezahlt werden.

Die einwöchige Schonfrist bei der Gewerbesteuerzahlung ist bisher in Uebereinstimmung mit den Umsatz- und Einkommensteuer-Vorauszahlungen stillschweigend zugelassen worden. Nunmehr steht der Erlaß einer Verfügung der preußischen Minister der Finanzen und des Innern bevor, wonach die Gewerbesteuer dann als rechtzeitig gezahlt gilt, wenn der jeweilige Steuerbetrag bis zum Ablauf der auf den Fälligkeitstag folgenden Woche entrichtet wird.

Der Geflügelpaß. Geflügelpaß nennt man die tierärztliche Bescheinigung nach dem Viehseuchen-Uebereinkommen mit Deutsch-Oesterreich des Inhalts, daß ein- oder auszuführende Tiere untersucht und gesund befunden wurden, und in der Gemeinde, von wo sie kommen, in den letzten vierzehn Tagen keine ansteckende Geflügelkrankheit geherrscht hat. Der Paß gilt 8 Tage. Er ist bestimmt für zahmes Geflügel, also Enten, Gänse, Hahnhühner einschl. Perlhühner, Pfauen, Schwäne, Tauben und Truthühner lebend oder geschlachtet. Im Grenzverkehr und im privaten Postverkehr sind für totes Geflügel keine Pässe notwendig, wohl aber im gewerbsmäßigen Verkehr der Händler. Für mehrere Stück Geflügel können Gesamtpässe ausgestellt werden.

Erleichterter Besuch der Kurorte im besetzten Gebiet. Nach einer Mitteilung des Oberdelegierten der Interalliierten Rheinlandkommission hat diese auf Antrag des Aerztevereins der Kurorte des besetzten Gebietes beschlossen, unter Berücksichtigung der Interessen der Kurorte den Kurgästen Erleichterungen zur Einreise aus dem unbesetzten Deutschland einzuräumen. Infolgedessen sind die Kreisdelegierten angewiesen worden, die vorgeschriebenen Geleitscheine mit Beschleunigung und im weitestmöglichen Maße auszustellen.

Die Behörden zur Frage der Preisauschreiben. Das angekündigte Vorgehen der Behörden gegen das Ueberhandnehmen der Preisausschreiben ist inzwischen Tatsache geworden. Der Ausgang von etwa 50 Prozessen, die in dieser Angelegenheit angestrengt worden sind, dürfte sowohl für die Behörden wie auch für die Oeffentlichkeit von großer Bedeutung sein, da auf diesem Gebiete erst eine Praxis für die Beurteilung geschaffen werden muß. Bisher ist man sich an den zuständigen Stellen über die Frage der Zulässigkeit oder Strafbarkeit solcher Veranstaltungen, die in diesem Ausmaße überhaupt ein Novum bedeuten, noch gar nicht recht klar, und deshalb wartet man vor allen Dingen auf die ersten Entscheidungen der ordentlichen Gerichte. Das Wohlfahrtsministerium hat in seinen bisherigen Besprechungen mit den zuständigen Stellen das Erscheinen von Richtlinien zugesagt die bisher aber noch nicht veröffentlicht worden sind.

Stipendium für Angehörige der Provinz Sachsen. Die jetzt erschienene Nummer der Amtsblätter der Regierungen zu Magdeburg, Merseburg und Erfurt enthält eine Bekanntmachung des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen, wonach ein Stipendium im Betrage von 20 Goldmark monatlich zum Besuche eines vollen Lehrganges an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg für Angehörige der Provinz Sachsen vom 1. Oktober 1924 ab zu vergeben ist. Mit dem Stipendienbezuge ist gleichzeitig Honorarfreiheit verbunden.

Wann der Beamte ein häusliches Arbeitszimmer verlangen darf. Die Ausgaben für die Beheizung eines besonderen Arbeitszimmers hatte ein Beamter bei der Berechnung seines Einkommens bei der Besteuerung abgezogen. Er begründete dies damit, daß die Unruhe im Gerichtsgebäude es ihm unmöglich mache, den schwierigsten Teil seiner Berufsarbeit dort zu erledigen. In einem anderen Falle war ebenfalls der Aufwand für ein heizbares Arbeitszimmer abgezogen, aber nicht näher begründet worden. Der Reichsfinanzhof hat den Abzug abgelehnt. Es könne nicht zugelassen werden, daß jedem Beamten, der ein heizbares Dienstzimmer habe, auch noch die Haltung eines besonderen Arbeitszimmers anerkannt erde. Es würde dann ganz von der Veranlagung oder den Neigungen des einzelnen Beamten abhängen, ob derartige Ausgaben zur Erfüllung der Dienstpflicht oder vorwiegend zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse und insbesondere aus Bequemlichkeit gemacht sind. Die Zulässigkeit einer Grenze zwischen abziehbaren und nichtabziehbaren Aufwendungen hatte der Finanzhof schon früher ausgesprochen.

Warnung. Es werden zurzeit in der ganzen Provinz Sachsen und in Anhalt von Berliner Händlern Besen und Bürsten, die in der Blindenanstalt angefertigt seien, verkauft. Eine Erkundigung, von zuständiger Stelle eingezogen hat ergeben, daß die Mitteilungen in den ausgegebenen Flugblättern als Betrug zu bezeichnen sind. Es wird geraten, den Leuten nichts abzukaufen, da der Verkauf der von ihnen angebotenen Waren durchaus nicht im Interesse der Blinden liegt. Jede Blindenanstalt hat ihren eigenen Verkaufsbezirk, auch die Berliner Blindenanstalt, nämlich die Stadt Berlin und die Provinz Brandenburg.

Empfindliche Mängel in den Eisenbahntarifen. Durchgehende Fahrkarten werden vielfach noch nach den kleineren Orten vermißt. So zeigt sich jeden Sommer wieder das dringende Bedürfnis, für solche nach den weniger besuchten und abgelegenen Sommerfrischen. Noch unangenehmer empfunden wird der Mangel einer durchgehenden Gepäckabfertigung, für die auf den größeren Zwischenstationen es oft an der nötigen Zeit fehlt, zumal, wenn diese noch durch Zugverspätungen verkürzt wird. Die Tarife mit den Angaben der Wege und Entfernungen sind schon recht umfangreich. Man kann auch nicht Bücher herstellen, die diese Angaben zwischen allen Reichsbahnstationen enthalten. Alle Wünsche sind so nicht zu erfüllen. Wohl aber könnte das System der Schnitt-Tarife weiter ausgebaut werden. Die Nordseebäder können so mit Hilfe einiger weniger Knotenpunkte erreicht werden. Ein besonders einleuchtendes Beispiel dafür, was so erreicht werden könnte, bietet Oberbayern. Mit München und Augsburg als Schnittpunkte wäre so die durchgehende Abfertigung von unzähligen nördlich davon belegenen Stationen nach allen bayerischen Kurorten und Kurbrtchen möglich. Das Fehlen durchgehender Tarife vom Norden nach dem Süden wird hier um so mehr vermißt, als man umgekehrt Fahrkarten auch von den kleinen bayerischen Stationen nach den größeren norddeutschen Städten erhält. Nimmt man etwa noch Ulm, Stuttgart, Frankfurt oder Karlsruhe hinzu, so hätte man fast dem ganzen Süden Deutschlands die Annehmlichkeit der einmaligen Abfertigung verschafft.

*

Vom Wetter.

(Drahtlose Meldungen.)

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland: Vorwiegend heiter, trocken und warm, mäßige südwestliche Winde.

Wetteraussichten für ganz Deutschland: In ganz Deutschland wieder schön Wetter, die Wärme hält an.

*

Rundfunkprogramm.

Montag, den 14. Juli.

Welle 452 Meter.

Leipziger Meßamts-Sender

4,30—6 Uhr: Konzert der Rundfunk-Hauskapelle. 7,30 bis 8 Uhr: Vortrag Prof. Dr. Ernst Schultze, Direktor des Weltwirtschafts-Instituts der Handelshochschule Leipzig: „Industrialisierung der überseeischen Welt." 8,15 Uhr:

Klassischer Musikabend.

Eugenie Wilms, Opernsängerin. Die Rundfunk-Hauskapelle, Konzertmeister Emil Luh (1. Violine), Oskar Hallauer (2. Violine), Boris Dobrosmislloff (Cello), Alex Nemeti (Klavier). 1. Mozart: Ouverture zu „Cosifan tutti" (Die Rundfunk-Kapelle). 2. Mozart: Arie aus „Cosifan tutti" (Eugenie Wilms). 3. Beethoven: Andante cantabile aus der 1. Symphonie (Die Rundfunk-Kapelle). 4. Schubert: 3 Lieder (Eugenie Wilms). 5. Schubert: Andante aus dem Oetett (Die Rundfunk-Kapelle). 6. Weber: Arie der Agathe aus „Freischütz" (Eugenie Wilms). 7. Weber: Ouverture zu „Euryanthe". Am Blüthner: Paul Weißleder.

*

Der Leipziger Meßamtssender wird umgebaut.

Da in den letzten Tagen Unregelmäßigkeiten am Leipziger Sender aufgetreten sind, die in dem Kreis der zahlreichen Empfänger Beunruhigungen hervorgerufen haben, wie aus zahlreichen Zuschriften und Anrufen hervorgeht, wird von der Leitung der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. folgendes mitgeteilt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240714-18/fragment/page=0002

„Die Aenderungen technischer und baulicher Art, die sowohl am Sender als auch an den Räumlichkeiten vor sich gehen, in denen er und seine Zubehörteile untergebracht sind, gestalten sich nunmehr so einschneidend, daß während der Uebergangszeit der Rundfunkbetrieb unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen abgewickelt werden muß. Es ist fast täglich notwendig, unter wechselnden technischen Bedingungen zu arbeiten. Die Schwierigkeiten der Lage werden, wie leicht ersichtlich, noch dadurch ganz erheblich erhöht, daß die Umbauten unter ständiger voller Betriebsbereitschaft des Senders erfolgen müssen. Diese Zustände werden natürlich nur vorübergehender Natur sein, und der Sender wird nach Abschluß der erwähnten Umbauten in verbesserter Güte und Stetigkeit seinen Betrieb fortzusetzen. Es erscheint angebracht, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Firma E. Lorenz, A.-G., Berlin-Tempelhof, in entgegenkommender Weise seit Aufstellen des Senders in Leipzig bis zum heutigen Tage, ständig einen Ingenieur zur Ueberwachung der Verbesserungsarbeiten hierher beordert hat. Die Hörerschaft darf überzeugt sein, daß von den Beteiligten alle Maßregeln ergriffen werden, um den Leipziger Sender besonders leistungsfähig zu machen; aber, gut Ding will gut Weile haben."

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Kreisverbandstag der Feuerwehr in Schafstädt.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Schafstädt, 13. Juli. Ein herrlicher Sommer-Sonntagmorgen! An Feldern, voll von reifendem Getreide, blühenden Kartoffeläckern und saftigen Wiesen vorbei, fährt uns der Sonderzug von Merseburg, dem Orte der Feuerwehrtagung Schafstädt zu. Im Zuge viel frohe Menschen; die liebe Sonne, die schon am frühen Morgen heiß hernieberbrannte stimmt sie so fröhlich und verspricht einen schönen Tag. In Lauchstädt werden wir mit Musik empfangen. Die wackeren Feuerwehrmusici und ihre Gefolgschaft aus dem Goethestädtchen sind es, die sich uns nun anschließen. Noch wenige Minuten, dann erschallen wieder alte herrliche Marschweisen: diesmal sind es die Schafstädter, die uns begrüßen. Die Gäste treten an in Reih und Glied und in forschem Schritt geht es mit klingendem Spiel ins Städtchen, das sein Festgewand angelegt hat. Girlanden sind über die Straßen gespannt, aus vielen, vielen Fenstern grüßt uns unser liebes Schwarz-weiß-rot, unzählbare Fähnchen und Wimpel flattern munter im Winde und die Häuserfronten schmückt frisches Grün. „Willkommen, ihr tapferen Feuerwehrleute", so lautet die Inschrift der Begrüßungstafeln an den schönen Girlanden. Endlich erreicht der Zug das Schützenhaus, wo man alle bald einer

Schulübung der Schafstädter Feuerwehr

ihre Aufmerksamkeit schenkten, die an dem Schulhause, dem Schützenhaus gegenüber stattfand. Die Uebung zeigte in ihrem ersten Teile Marschübungen. Im zweiten Teile wurde uns der Angriff auf das „Feuer" vor Augen geführt. Schnell eilten die Wagen mit dem Schlauch und die Wasserwagen heran, im Nu waren die Leitern angelegt und bald zischten die ersten Wasserstrahlen aus den Schläuchen ins „Feuer". Nebenbei wurden auch noch Rettungsarbeiten ausgeführt. Eine Uebung der Sanitäter, Behandlung der Arm- und Schenkelbrüche, verlief ebenfalls zur Zufriedenheit aller. Brandmeister Gitzel-Altranstädt bewertete in der Kritik die Marschübungen als gut und den Sturmangriff als sehr gut. Er bemängelte die Kürze der Schläuche. Unten an den Leitern fehlten die Spitzen. Die erste Spritze hatte einen Rohrbruch, doch schnell sei der Reserveschlauch eingefügt worden und alles habe gut geklappt, auch die Arbeiten am Rettungsschlauch. Ehrenbranddirektor Hirschfeld gab seiner Freude über die Ruhe Ausdruck, mit der allgemein gearbeitet wurde. In der Kritik wurde noch besonders darauf hingewiesen, die Gutsbesitzer auf dem Lande zu veranlassen, daß sie stets die Wasserwagen gefüllt parat halten müßten, damit im Falle eines Brandes die Wasserfrage keine unnötige Verzögerung hervorrufe, desgleichen sollten die Gemeinden dafür Sorge tragen. Im Winter allerdings genügt die Bereithaltung des Wagens. Brandmeister Schrader-Merseburg betonte die Notwendigkeit der Anschaffung einer 12 Meter langen Leiter. Nunmehr begab man sich zur

Kreisverbandssitzung

in den „Goldenen Löwen" am Markt, die kurz nach 11 Uhr vom Kreisbrandmeister Schrader-Bölsche-Merseburg mit Worten der Begrüßung an die Anwesenden, insbesondere an den Landrat des Kreises Merseburg, Guske Stadtrat Wentscher-Merseburg, Bürgermeister Kraft-Schafstädt und den Vertreter des Bezirksverbandes, Herrn Fabrikbesitzer Jaenicke-Halle, eröffnet wurde. Die Anwesenheit von 10 stimmberechtigten Kreisdelegierten wurde festgestellt. Landrat Guske wünschte dem Verbandstage guten Erfolg und hofft, daß die Wünsche der Feuerwehr im nächsten Kreistag berücksichtigt werden. Die Niederschrift des letzten Verbandstages in Lützen, die vom Schriftführer verlesen wird, wurde angenommen. Der Verband hatte beim Kreistag die Errichtung einer Kreisbrandmeisterstelle beantragt. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Landrat Guske bemerkte dazu, er sei stets für die Wünsche der Feuerwehr gewesen, doch habe er im Kreistag kein Stimmrecht. Wenn der Antrag von den Abgeordneten einstimmig abgelehnt worden sei, so hätten diese sich wahrscheinlich von den schlechten Geldlage dazu bestimmen lassen. Kreisbrandmeister Schrader-Bölsche gab dann einen kurzen Bericht über die in Nempitz stattgefundene Uebung. Der Bericht über die Bezirkstagung in Zeitz wurde mit Einverständnis aller zurückgestellt. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nunmehr hielt Oberversicherungsinspektor Schulz einen kurzen Vortrag über die Unterstützungskasse für im Feuerlöschdienst Verunglückte. Im Jahre 71 wurde die Kasse gegründet, vorwiegend für Sachsen und Thüringen. Jeder Feuerwehrmann, der bei einer Uebung, oder bei einem Brande Schaden erleidet, wird unterstützt, auch Frauen und Kindern wird die Unterstützung gewährt. Es gibt da natürlich verschiedene Ausnahmen. So erhält keine Unterstützung, wer durch Tollkühnheit, Trunkenheit oder Fahrlässigkeiten den Schaden erlitten hat, oder wenn später als ein Monat nach dem Unfall Meldung erstattet wird. Die Verunglückten haben kein Recht diese Unterstützung zu beanspruchen, doch werden in den seltensten Fällen Anträge abgewiesen. Ein anderer vorgesehener Vortrag fiel fort. Unter Punkt 6 Brandberichte wurde über den Brand in Burgstaden im vergangenen Herbst von einem beteiligten Kameraden Bericht erstattet. Als nächster Ort der Tagung wurde Passendorf bestimmt. Brandmeister Schrader-Bölsche sprach nun der Schafstädter Feuerwehr sein Lob aus über die ausgezeichnete Uebung. Fabrikbesitzer Jaenicke will das Exerzieren in der Feuerwehr mehr betont wissen und erklärte, daß es keine Politik in der Feuerwehr geben dürfe. Bürgermeister Kraft-Schafstädt bemerkte, daß die städtischen Körperschaften stets eine offene Hand für die Feuerwehr gehabt hätten. Unter Punkt 9a hatte die Feuerwehr Groß- und Kleinleuna den Antrag gestellt, daß die Verbandsbeiträge auch von den Gemeinden bezahlt werden sollten, die keine Freiwillige Feuerwehr haben. Kreisbrandmeister Schrader-Bölsche bemerkte hierzu, daß man zunächst einmal abwarten müsse, wie sich der Kreistag in Zukunft zur Kreisbrandmeisterfrage stellen würde, dann würde auch diesem Antrage Rechnung getragen werden. Zum Schluß wurden verschieden Dinge besprochen, so die Frage der Wasserbeschaffung in einzelnen Gemeinden, das neue Exerzierreglement usw. Gegen ½1 Uhr schloß der Verbandsvorsitzende mit Dankesworten, vor allem an die Stadt Schafstädt für die freundliche Aufnahme die Sitzung.

Letzte Depeschen

Amerika erkennt das Tangerabkommen nicht an.

Washington, 13. Juli. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an England, Frankreich und Spanien eine gleichlautende Note gerichtet, in der Amerika sich weigert, seine Zustimmung zu dem Tangerabkommen zu geben, welche sdie Beseitigung der exterritorialen Rechte vorsieht.

Die Kernegroße der kleinen Entente.

Prag, 13. Juli. Nach Beendigung der dritten heutigen Sitzung des Kongresses der kleinen Entente empfingen die Chefs der Delegationen die Vertreter der Aus- und Inlandspresse. Ministerpräsident Dr. Benesch sprach sich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aus. Er müsse aber unter solchen Bedingungen durchgeführt werden, daß er zur Pazifierung Europas beitrage. Deshalb muß, bevor Deutschland in den Völkerbund eintritt die Situation so vorbereitet sein, daß sein Eintritt nicht eine Bedrohung des Völkerbundes selbst bedeute (!!). Sobald sich die Großmächte über die Durchführung des Dawesplanes geeinet hätten, wird der Augenblick gekommen sein, die Diskussion dieser Frage zu beginnen.

Das Amnestiegesetz in der französischen Kammer.

Paris, 14. Juli. Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die Beratung der Amnestievorlage nicht zu Ende führen können. Auf Wunsch des Ministerpräsidenten wird sie heute nachmittag zusammentreten. Einige Blätter bezweifeln, daß es möglich sein wird, das Gesetz vor der Abreise des Ministerpräsidenten nach London zu verabschieden.

Mussolinis Faust.

Rom, 13. Juni. 500 Faschisten, die aus Neapel und Umgebung zu einer in Mailand stattfindenden Feier reisen wollten, wurden in Rom am Bahnhof auf Befehl des Ministers angehalten und zur Rückkehr nach Neapel gezwungen. Da etwa 200 Faschisten der Umzingelung durch die Polizei entgingen und sich in Rom zerstreuten, verfügte der Minister ihre Festnahme.

Die Meuterei in Brasilien am Zusammenbrechen.?

Buenos Aires, 12. Juli. Ein amtliches Kommunique besagt, daß die Staatstruppen die Oberhand gewinnen. Der Kampfgeist der Aufrührer hat nachgelassen. Anzeichen von Demoralisation sind vorhanden. Auf Grund privater Meldungen wird hier bekannt, daß die Aufrührer Sao Paolo vollständig in ihrer Hand haben. Die Regierungsorgane der neuen provisorischen Regierung üben eine scharfe Kontrolle in den öffentlichen Gebäuden und auf Straßen und Plätzen aus. Es wird bestätigt, daß Major Bernhard Klinger vom Stabe der Aufrührer gefangen genommen worden ist. Die Regierungsspeicher von Sao Paolo sollen in Brand geschossen worden sein und immer noch in Flammen stehen

Paris, 13. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires haben die Rebellenführer Sao Paolo verlassen, um sich nach Santos zu begeben. Sie hätten den Gouverneur von Sao Paolo gefangen genommen und die Regierung gezwungen, das Regierungsgebäude zu räumen. Der Führer der Rebellen, General Lopez, erklärte, die Bewegung richte sich gegen die Bundesregierung. Er habe den Wunsch ausgesprochen, daß die anderen Staaten sich ihm anschließen möchten. Der Präsident der Republik hat eine Botschaft erlassen und zur Ruhe aufgefordert.

Von den amerikanischen Weltfliegern.

Budapest, 13. Juli. Heute vormittag sind hier die amerikanischen Weltflieger unter der Führung des Fliegers Smith angekommen. Im Namen der ungarischen Regierung und der ungarischen Flieger wurden sie auf dem Flugplatz Mathasföld begrüßt und vom amerikanischen Gesandten und den Offizieren der interalliierten Kontrollkommission empfangen. Danach setzten sie ihren Flug über Wien und Straßburg nach Paris fort.

Georg Büxenstein gestorben.

Berlin, 14. Juli. Auf seiner Besitzung in Ladeburg bei Bernau ist der Geheime Kommerzienrat Georg W. Büxenstein am Sonnabend n. schwerem Leiden in seinem 67. Lebensjahr gestorben. Mit ihm ist einer der bekanntesten Führer des deutschen Buchdruckgewerbes hingegangen.

•

Die amtlichen Produktenpreise vom 14. Juli.

Berlin, 14. Juli. (Drahtlos.) Amtlich wurden heute notiert (Getreide- und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg in Goldmark):

Weizen märk. 156—162, Roggen märk. 139—146, Sommergerste märk. 152—164, Futtergerste 144—150, Hafer märk. 137—146, Weizenmehl 23—26, Roggenmehl 21—23,50, Weizenkleie 8,80, Roggenkleie 9,10—9,20, Raps 240—245, Leinsaat 310—320, Viktoriaerbsen 20—21, kleine Speiseerbsen 14—15, Futtererbsen 13—14, Peluschken 13—14, Wicken 15—16, Lupinen blaue 9—10, Lupinen gelbe 15—16, Rapskuchen 10—10,20, Leinkuchen 18,80—19, Trockenschnitzel 8, Zuckerschnitzel 17,50—18,20, Kartoffelflocken 20.

•

Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Juli. (Drahtlos.) Amtlich wurden notiert:
Newyork (1 Dollar). 4,19—4,21.
Amsterdam (100 Fl.) 158,35—159,15.
Brüssel (100 Frcs.) 19,15—19,25.
Paris (100 Frcs.) 21,70—21,80.
London (1 Pfd.) 18,45—18,435.
Schweiz (100 Frcs.) 76,61—77,29.
Stockholm (100 Kr) 111,47—112,03.
Kopenhagen (100 Kr.) 67,33—67,67.
Rom (100 Lire) 18,10.
Prag (100 Kr.) 12,41—12,47.
Wien (10000 Kr.) 5,92—5,94.
Alles in Billionen Mark.

Nach dem gemeinsam eingenommenen Mittagsmahl versammelten sich alle Teilnehmer am Schützenhaus zum

Umzug durch die Stadt..

Unter Vorantritt der Kapelle zogen nun die Wehren durch die festlich geschmückten Straßen. Auf dem Bürgersteig drängte sich die schaulustige Menge, aus manchem Fenster ergoß sich ein wahrer Blumenregen herab auf die wackeren Feuerwehrleute. Was nur alle gleich unangenehm berührte, das war die geradezu unerträgliche Hitze, die um die Mittagszeit herrschte und der aufgewirbelte Staub, der den Festzug oft in eine dunkle Wolke hüllte. Aber am Nachmittag, beim

Gartenkonzert

im „Schützenhaus" waren diese Leiden bald vergessen. Todmüde traten am Abend die auswärtigen Gäste den Weg zum Bahnhof an, wo uns kurz nach 8.30 Uhr das Bähnle wieder gen Merseburg führte. — Der Verbandstag des Kreisfeuerwehr-Verbandes Merseburg hatte übrigens schon am Sonnabend begonnen; es fand an diesem Tage im „Schützenhaus" eine Vorbesprechung der Delegierten statt und abends vereinte alle Teilnehmer ein Kommers. Daß die Tagung einen so schönen Verlauf nahm, ist nicht zuletzt das Verdienst der Stadt Schafstädt, die alles getan hat, um den Aufenthalt in ihr den auswärtigen Gästen so angenehm wie möglich zu machen. Das werden ihr die auswärtigen Wehren nie vergessen! —ch.

•

Aus dem Reiche.

Berlin, 12. Juli. (Tödlicher Zugunfall.) Gestern nacht gegen ½1 Uhr wollte auf dem Rangiergelände des Stettiner Bahnhofs der Zugführer Reinhard Beckmann aus Stargard die Geleise überschreiten. Dabei wurde er von einem herannahenden Rangierzuge erfaßt, der ihm beide Beine abfuhr. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus überführt, war jedoch vom Blutverlust bereits so geschwächt, daß er dort nach kurzer Zeit verstarb.

Gelsenkirchen, 13. Juli. (Schwere Explosion). Nach Blättermeldung aus Gelsenkirchen ereignete sich am Sonnabend auf der Zeche „Bonifatius" eine schwere Explosion, durch die zwei Bergleute sofort getötet und 5 weitere schwer verletzt wurden. Zwei von den Schwerverletzten sind inzwischen ihren Verwundungen erlegen, sodaß das Unglück insgesamt vier Todesopfer gefordert hat.

Stettin, 13. Juli. (Revision im Stettiner Graff-Prozeß.) Die im Graff-Prozeß wegen Mord zum Tode verurteilten Schupowachtmeister Kast und Engeler haben durch ihren Verteidiger gegen das Urteil Revision einlegen lassen.

Köln, 13. Juli. (Ein Falschmünzer verhaftet.) In Wahn bei Köln wurde der Althändler Hülser von deutschen und englischen Kriminalbeamten verhaftet. In seinem Hause wurde eine Druckpresse sowie Druckplatten für englische Fünfpfundnoten und deutsche 20 Billionenscheine beschlagnahmt.

•

Aus aller Welt.

Prag, 13. Juli. (Explosion eines Flugzeuges.) Wie der „Montag" aus Prag meldet, explodierte während eines Passagierfluges, den der Pilot einer privaten Flugzeugfirma in der Sommerfrische Tschelakowitz bei Prag veranstaltete der Benzinbehälter und das Flugzeug stürzte brennend in die Elbe. Von den Insassen — außer dem Piloten zwei Männer und eine Frau — konnten die beiden männlichen Fahrgäste nur als verkohlte Leichen geborgen werden. Der Pilot und die Frau erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Funkdienst der Telunion.

Eine Tendenzmeldung.

London, 14. Juli. (Drahtlos.) Der „Daily Telegraph" schreibt: Die deutsche Regierung hat in London, Washington und in Rom mitgeteilt, daß sie in der Frage des Sachverständigen-Gutachtens ungeheuren inneren Schwierigkeiten gegenüberstehen wird, wenn Deutschland das Recht entzogen wird, mit den Verbündeten die Maßnahmen zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens zu erörtern. An Berliner zuständiger Stelle wird diese Mitteilung des „Daily Telegraph" als durchaus unzutreffend bezeichnet (!!). Zutreffend sei nur, daß die Reichsregierung mit den alliierten Mächten in dauernder Fühlungnahme wegen der Londoner Konferenz stehe.

Weshalb Mussolini nicht nach London geht.

Paris, 14. Juli. (Drahtlos.) Nach einer Havasmeldung aus Rom ist die italienische Delegation bereits gestern abgefahren. Schon morgen soll sie an den Beratungen der Konferenz teilnehmen. Führer der Delegation ist, wie bereits gemeldet, der Finanzminister Dr. Stefani. Mussolini will nach einer Zeitungsmeldung aus zwei Gründen nicht nach London fahren: 1. wegen der immer noch gespannten innerpolitischen Lage und dann, weil er die Londoner Konferenz lediglich als den Auftakt zu einer Reihe interalliierter Besprechungen auffaßt. Mussolini meint, die bevorstehende Konferenz könne wohl zur Lösung des Reparationsproblems, nicht aber zu einer endgültigen Lösung führen. Sobald diese in greifbare Nähe gerückt sei, würde auch er zur Stelle sein.

Eine überraschende Verhaftung.

Breslau, 14. Juli. (Drahtlos.) Gestern abend wurde ganz überraschend der Vorsitzende des Studentenausschusses der Universität Breslau, stud. iur. Hans Podleska aus Gleiwitz verhaftet. Der Festgenommene hat einen Betrag von 12—15 000 Mark der ihm anvertrauten Verwaltungsgebühren unterschlagen und für sich verwendet. Der Fehlbetrag ist bei einer unvermuteten Kassenrevision aufgedeckt worden. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Die Mission Amerikas in London.

Berlin, 14. Juli. (Drahtlos.) Die „B. Z." meldet aus London: Der amerikanische Hauptdelegierte zur Londoner Konferenz, Young, trifft heute in London ein und wird zunächst dort mit dem amerikanischen Botschafter und den Reparationssachverständigen sowie den übrigen Leuten der City Besprechungen abhalten, um die Aussichten und Voraussetzungen für die Unterzeichnung der im Dawesplan vorgesehenen deutschen Reparationsanleihe zu prüfen.

Verantwortliche Schriftleitung: Politik, Kunst und Wissenschaft: L. Baltz. Lokales und Provinz etc.: K. Ludwig Andrich, Sport: A. Rank, Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240714-18/fragment/page=0003

Filmrausch.

Roman von Reinhold Ortmann.

20] Nachdruck verboten.

Er kam selten früher als in den Morgenstunden nach Hause. und beim Erwachen sah es in seinem benommenen Kopfe dann zuweilen recht wüst aus. An den Zechgelagen, Tanzunterhaltungen und Spielpartien, denen er beiwohnte, war nichts, das seinen Neigungen entsprochen und ihm Vergnügen bereitet hätte. Und die Menschen, zwischen denen er sich bewegte, waren ihm gleichgültig oder widerwärtig. Er merkte es sehr wohl, daß diese Lebensführung an seinen Nerven zehrte, daß er seine frühere Beweglichkeit und Frische mehr und mehr einbüßte. Es verlangte ihn danach, sich dem lästigen Zwange zu entziehen; aber die Furcht, Lia darüber zu verlieren, peitschte ihn immer aufs neue in das leere und doch so aufreibende Treiben hinein.

War er doch bis zu dieser Stunde ihrer Gegenliebe keineswegs gewiß. Sie hatte eine so geschickte und liebenswürdige Art, jeden Versuch einer ernsten Aussprache ins Scherzhafte zu wenden, daß es ihm bisher einfach unmöglich gewesen war sich ihr rückhaltlos zu erklären, Wochenlang hatte er das nur für übermütige Laune gehalten, allgemach aber fing er an, etwas anderes dahinter zu argwöhnen. Wollte sie ihn vielleicht am Narrenseil führen? War er ihr am Ende nicht mehr als einer der Trabanten, die huldigend ihren Triumphwagen umschwärmten? Ihr Verhalten gegen andere machte ihr stutzig. Insbesondere die Art ihres Verkehrs mit dem Grafen Dietramszell verdroß und beirrte ihn. Nicht, daß er im eigentlichen Wortsinne eifersüchtig auf den Grafen gewesen wäre. Dafür schien ihm der frühzeitig abgelebte, geistig beschränkte Bursche gar zu gering. Was aber konnte Lia an ihm finden? Und was hatte sie mit ihm vor? Sie behandelte ihn ja im allgemeinen recht schlecht, quälte ihn mit ihren Launen und demütigte ihn oft vor den anderen, indem sie ihn zur Zielscheibe ihrer schonungslosen Spottlust machte. Aber es war unverkennbar, daß Dietramszell schon diese seltsamen Aeußerungen ihres Interesses an seiner Person als eine Gunst, vielleicht als ein Glück empfand. Je härter er die Peitsche zu fühlen bekam, desto demütiger und hingebender sah er zu ihr auf. Sie mußte das bemerken, und wenn sie trotzdem fortfuhr, ihn mit Ruten zu streichen, um sich an seiner hündischen Unterwürfigkeit zu ergötzen, so gab sie damit entweder einen Beweis von Herzlosigkeit oder der aristokratische Verehrer war ihr doch nicht so gleichgültig, wie Wolfgang es in Anbetracht seiner jämmerlichen Persönlichkeit für selbstverständlich gehalten hätte. Heute mittag erst war er ihnen begegnet. Auf einem von dem Grafen kutschierten Dogcart waren sie an ihm vorübergesaust, ohne eine andere Gesellschaft als die des zwerghaften Grooms, der hinter ihnen auf dem Rücksitz balancierte. Das war eine Auszeichnung, die sie nach seinem Gefühl dem Halbidioten nicht hätte zuteil werden lassen dürfen. Und darum hatten jetzt während des Wartens auf die Schwester seine Gedanken ein so unerfreuliches Gesicht.

„Hallo, Reinhardt! Sieht man Dich also doch einmal wieder?"

Frisch und fröhlich klang der grüßende Zuruf in Wolfgangs Liebesgrübeleien hinein, und er mußte sich innerlich einen kleinen Ruck geben, um einen halbwegs ähnlichen Ton der Erwiderung aufzubringen.

„Volker! Alter Junge! Von Woche zu Woche habe ich vergebens auf Deinen Besuch gewartet."

„Du mußt mich entschuldigen. Ich hatte zuviel um die Ohren. Wenn man den großen Entschluß faßt, sich auf die eigenen Füße zu stellen, gibt es mit Erwägungen, Vorbereitungen, Plänemachen und Pläneverfahren schrecklich viel zu tun."

„Auf die eigenen Füße hast Du Dich gestellt? Soll das heißen, daß Du Deine gute Stellung bei Hasse & Berger aufgegeben hast?"

„Jawohl, wir haben uns gegenseitig aufgegeben, die gute Stellung und ich. Wir paßten nicht mehr beieinander."

„Als wir von München nach Berlin fuhren, schienst Du doch mit Deiner Tätigkeit noch sehr zufrieden."

„War ich auch. Aber die Zeiten und die Menschen ändern sich oft überraschend schnell. Hasse & Berger waren eine solide Baufirma. Aber die Krankheit der Zeit hat sie angesteckt. Und mit kranken Leuten arbeite ich nicht gerne."

„Die Krankheit der Zeit? Was verstehst Du darunter?"

„Kennst Du sie noch nicht? Dann laß Dir gratulieren. Krasse Gewinnsucht heißt sie. Skrupellose Jagd nach dem Reichtum. Ich verachte das Geld auch nicht. Aber der Anstand gilt mir doch mehr."

„Du müßtest nicht mein alter Freund Bernhard Volker sein, wenn es anders wäre. So plötzlich also ist die Krankheit bei Deiner Firma zum Ausbruch gekommen?"

„Ich weiß nicht. Möglich auch, daß ich es früher, als ich nur statische Berechnungen zu machen hatte, nicht so gemerkt habe. Aber nachdem ich das Atelier der Afstraflmgesellschaft gebaut hatte, war ich leider im Vertrauen meiner Prinzipale gestiegen, und sie zogen mich bei ihren neuen Riesenabschlüssen zu Rate. Da hatte ich bald genug."

„Sollen Hasse & Berger nicht auch die Kinopaläste des neuen Filmkonzerns bauen?"

„Eben die sind es, um die es sich handelte. Auch wenn einer so verrückt mit den Millionen um sich wirft, wie Herr Paul Steiner, soll man nicht die Gelegenheit nützen, ihm das Fell über die Ohren zu ziehen."

„Glaubst Du, daß Steiner zu verschwenderisch mit seinen Kapitalien umgeht?"

„Ich glaube es nicht bloß — ich weiß es. Denn es handelt sich da um Dinge, von denen ich einiges verstehe. Die schlechtgeschnittenen Grundstücke, die er gekauft hat, sind um viele Hunderttausende überzahlt, und sein Bauvertrag mit Hasse und Berger ist geradezu ein Skandal. Ich habe mir erlaubt, das den Herren ins Gesicht zu sagen. Und ich bin bereit, es jedem, der es hören will, zu wiederholen."

Wolfgang war sehr ernst geworden.

„Du — das interessiert mich. Denn das Geld des Herrn Steiner ist zum guten Teil das Geld des Bankhauses Klemens Reinhardt."

„Ich habe so etwas gehört. Und ich habe die Bank bedauert, obwohl man ein Bankhaus, das sein Geld an einen Glücksritter hängt, eigentlich nicht bedauern sollte. Am Ende ist es ja Eure Sache, wie Ihr die Millionen, die Steiner zum Fenster hinauswirft wieder hereinbringen wollt."

„Könntest Du das, was Du da sagst, auch durch Zahlen beweisen, Volker?"

„In jedem Augenblick. Man hätte die beiden Theater für die, wie ich gesehen habe, bereits der Grund ausgeschachtet worden ist, ungefähr um die Hälfte des vereinbarten Baupreises errichten können ohne auch nur um ein Jota von den vorliegenden Entwürfen abzuweichen."

„Dann wären es in der Tat Riesensummen, um die wir geschädigt werden sollen. Wir können das nicht auf der Straße weiter besprechen. Wäre es unbescheiden, wenn ich Dich bäte, mich in dieser Angelegenheit demnächst zu besuchen?"

„Lieber ist mir's, offen gestanden, Du kommst zu mir. Ich habe mich mit einem alten Bekannten, dem Regierungsbaumeister Rippolt, zu einer eigenen Firma zusammengetan — nebenbei bemerkt: zu einer ganz bescheidenen, denn unsere Geldmittel sind nicht groß. Aber es gibt schon recht viel zu tun, und ich kann für Besuche nur sehr wenig Zeit erübrigen."

„Natürlich werde ich Dich aufsuchen. Wir können uns ja telephonisch über den Zeitpunkt verständigen. Doch vergib: da ist Ilse."

Das junge Mädchen hatte, um die Herren nicht in ihrem Gespräch zu stören, schon eine kleine Weile wartend abseits gestanden. Nun war es unvermeidlich, daß Wolfgang ihr seinen Freund vorstellte. Während er sich verbeugte, sagte Volker: „Wenn Sie ein ausnehmend gutes Gedächtnis hätten. Fräulein Reinhardt, würden Sie sich erinnern, daß wir uns schon seit unvordenklichen Zeiten kennen. Aber ich mache mir keine Hoffnung darauf."

„Doch — Sie dürfen es, Herr Volker! Denn ich erinnere mich sehr gut Ihres Namens und ein klein wenig sogar Ihres Gesichts. Ich mag zehn oder elf Jahre alt gewesen sein, als Sie mich durch die wunderschönen Krippenfiguren erfreuten, die Sie selbst geschnitzt hatten. Sie haben mich später in das Pensionat und überallhin begleitet. Und wenn Sie Weihnachten zu uns kämen, könnten Sie sie wieder unter dem Christbaum sehen."

(Fortsetzung folgt.)

Kammer-Lichtspiele

Dienstag — Donnerstag.

Frauen-Beichte!!

Die Beichte d. Krankenschwester in 5 spannenden hochinteressanten Akten m. d. angenehmen Künstlerin Ruth Weyher.

Der Einbrecher.

Das Schicksal eines strebsamen Menschen in 5 fabelhaften Akten mit Karel Jermao und Anny Ondrakowa.

Hierzu:

Schwimmsport und Wasser-Aufnahmen.

Anfang 5,30 Uhr und 8 Uhr.

Theaterglas Mignon,

zweifache Vergrößerung, solange alte Bestände vorhanden sind, einschl. Porto und Verpackung zu **Mk. 9,—** gegen Nachnahme.

Versäumen Sie nicht, von diesem außergewöhnlich günstigen Angebot Gebrauch zu machen.

Gewehrfabriken
Emil Kerner & Sohn,
Suhl i. Thür.

(Patentamtl. geschützt) **Altes Linoleum** (Patentamtl. geschützt)

wird wieder wie neu, durch **„Ehaze"** Linoleum-Reinigungspaste und Edel-Bohner-Wachs. Alleinvertrieb für Merseburg, Spezial-Linoleum-Verlege-Geschäft

Max Otten, Gr. Sixtistraße 15

Drucksachen aller Art

wie Formulare für Behörden, alle Drucksachen für die Industrie und Geschäftswelt liefert schnell und preiswert bei sauberster — Ausführung die Buchdruckerei des —

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Vollständiger Ausverkauf!

Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufe sämtl. am Lager stehenden Möbel zu den **billigsten Preisen!!**

Schlafzimmer mit gr. Spiegelschrank und Apotheke	Mk.	290
Schlafzimmer mit gr. Kommodeschrank und Apotheke	Mk.	380
Schlafzimmer allerfeinste Qualität mit Apotheke	Mk.	730
Speisezimmer schwere Qualität	Mk.	450
Große Spiegelschränke	Mk.	100
Rohrstühle, Küchenstühle, Hocker, Fußschemel, Handtuchständer	Mk.	3—8
Peddigrohrmöbel. Wäschetruhen, Nähtische, Nähständer, Blumenkrippen	Mk.	15—25
Goldrahmenbilder bis zu 135 cm lang	Mk.	10—40

Gg. Schmidt's Möbelhaus

Merseburg a. S. Clobicauer Straße Nr. 23.

Radio-Amateure!

Verlangt in den Geschäften nur

Original-Ruk-Kopfhörer

der Fabrik Neufeldt und Kuhaka, Kiel.

Wir stehen wegen der gleichmäßigen Güte des Fabrikates auch in den ausgesprochenen Radioländern, wie Nordamerika und England an allererster Stelle.

Wir warnen vor dem Kauf minderwertiger, billiger Fabrikate.

Generalvertretung für den Freistaat Sachsen:

P. Budin, Leipzig, Simsonstr. 5, Tel. 20481

Rundfunkempfang ohne Postanmeldung ist verboten u. strafbar.

10 000 Mark

als 1. Hypothek auf ein schönes Wohnhaus sofort gesucht. Offert u. K. L. 426 an die Exped. d. Blattes

Wer beteiligt sich mit Kapit. a. Obstpachtung?

Evtl. auch nur passiv. Angebote erbet. unt. F. R. 318 an die Exped. d. Blattes

Gastwirt, 29 Jahre alt, w. tücht. sg. Mädchen, bis 25 Jahre alt, zw. Heirat kennen zu lern. Offerten unt. L. L. 624 an die Expedition d. Blattes.

Die Gesellschafter der

Zuckerfabrik Lützen G. m. b. H.

in Lützen

werden hiermit zu der am **Mittwoch, den 30. Juli 1924, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum roten Löwen" in Lützen** stattfindenden

ordentl. Gesellschafterversammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Berichtes über das Geschäftsjahr 1923/24.
2. Bericht der Rechnungsrevisoren.
3. Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates.
4. Herabsetzung des Stammkapitals auf 500 000 Goldmark und demgemäße Aenderung des § 3 des Gesellschaftsvertrages.
5. Beschlußfassung über die Genehmigung der Goldmark-Eröffnungsbilanz p. 1. Juni 1924.
6. Neuwahl eines Geschäftsführers an Stelle des statutenmäßig ausscheidenden Herrn Gutsbesitzers Alfred Kretzschmar, Kauern.
7. Ersatzwahl eines Geschäftsführers an Stelle des verstorbenen Herrn Rentier F. A. Burkhardt, Leipzig-Connewitz, für die Zeit bis zur ordentlichen Gesellschafterversammlung 1925
8. Neuwahl zweier Aufsichtsratsmitglieder an Stelle der statutenmäßig ausscheidenden Herrn Rittergutsbesitzer Paul Schumann, Starsiedel, und Gutsbesitzer Ernst Jacob, Webau.
9. Neuwahl zweier Rechnungsrevisoren für das Geschäftsjahr 1924/25.
10. Wünsche und Anträge.

Lützen, den 8. Juli 1924.

Zuckerfabrik Lützen

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Der Aufsichtsrat: Paul Schumann, Vorsitzender.

Als Leiter

zu errichtender Kriegsgeschäftsstelle findet

Getreidefachmann

auch Landwirt, bei neuzeitl. landw. Getreide-Verwertungsgef., die für ihre Mitglieder dauernd um ca. 20—30% höhere Roggen- und Weizenpreise erzielen kann, als sonst handelsübich,

Dauerstellung.

Als Bewerber kommen in Frage, nur strebsame, durchaus branchek. rührige Herren, die bei Besitzern gut eingeführt, festen Wohnsitz haben und mindestens einen Geschäftsanteil v. Mk. 500,— (evtl. in Raten zahlbar) erwerben können. — Ausführl. Offerten, deutl. Adresse mit Kreisangabe, Lebenslauf, Referenzen und Bild unter: **1037 K** an die Anzeigenverwaltung **Berthold Giesel, Berlin W. 35 Schöneberger Ufer 38.**

Für unseren Druckereibetrieb

suchen wir per sofort oder später

Setzer- u. Drucker-Lehrling

bei sofortiger Bezahlung.

Merseburger Tageblatt

Kirchliche Nachrichten.

Stadt. Getauft. Horst, S. d. Formers Döring; Gertrud, T. d. Ard. Stolle. — **Getraut:** Der Ard. B. J. K. Glöckner m. Frau F. H. E. geb. Schweder. — **Beerdigt:** Das Kind Erna Kröß; d. Kind Erna Förster.

Altenburg. Getraut: D. Kaufmann Paul Schiedt m. Frau Frieda geborene Kuckenburg; d. Geschäftsführer Fr. Huber m. Frau Johanna geb. Scherr.

Neumarkt. Beerdigt: Frau Anna Kahl, geb. Göße, Ehefrau d. Kaufmanns Rich. Kahl.

Die diesjährige

Hartobstnutzung

der Gemeinde **Oberclobicau** soll **Donnerstag, d. 17. Juli d. Js.,** 2 Uhr nachmittags in **Döhlers Gasthaus** öffentlich verkauft werden.

Oberclobicau, den 10. Juli 1924.

Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240714-18/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 163 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 14. Juli 1924.

Amtliche Bekanntmachungen des Landratsamtes.

Betrifft: Kleingartenhöchstpreise.

Vom 1. Juli 1924 ab bis auf weiteres gelten für den Landkreis Merseburg folgende Kleingartenhöchstpreise: 1. für Bodenklasse A: 2 Goldpfennig für qm und Jahr, 2. für Bodenklasse B: 1½ Goldpfennig für qm und Jahr, 3. für Bodenklasse C: 1 Goldpfennig für qm und Jahr. Hierin sind Entschädigungen an den Verpächter für Nebenleistungen und öffentliche Lasten nicht enthalten. Diese sind besonders zu entrichten.

Merseburg, den 1. Juli 1924. **Der Landrat.**

Betrifft: Aufstellung der Schöffen-Urlisten.

Nach § 36 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 sind alljährlich Verzeichnisse über die zum Amte eines Schöffen sich eignenden Personen aufzustellen.

Die Magistrate, sowie die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher fordere ich hierdurch auf, die Aufstellung dieser Verzeichnisse, welche zugleich als Urlisten für die Auswahl der Geschworenen dienen, in alphabetischer Ordnung nach dem vorgeschriebenen Muster bis zum 10. August d. Js. zu bewirken, die Verzeichnisse eine Woche lang öffentlich auszulegen, nachdem vorher Ort und Zeit der Auslegung bekannt gemacht worden sind, und etwaige Einsprüche entgegenzunehmen.

Nach Ablauf der Einspruchsfrist und jedenfalls bis zum 20. August dieses Jahres sind die Listen mit den etwa eingegangenen Einwendungen an das betreffende Amtsgericht abzusenden.

Hierbei mache ich ausdrücklich darauf aufmerksam, daß bei der Aufstellung der Verzeichnisse mit der größten Gewissenhaftigkeit zu verfahren ist, insbesondere muß bei jeder in denselben aufgeführten Personen das Alter angegeben werden, auch dürfen die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher es nicht übersehen, sich selbst in das Verzeichnis einzutragen.

Die Bestimmung darüber, welche Personen zu dem Amte eines Schöffen unfähig oder zu demselben nicht berufen werden sollen, steht nicht dem Gemeindevorsteher, sondern dem Ausschusse des Gerichts zu. Es sind daher alle in Betracht kommenden Personen in die Urliste aufzunehmen, auch wenn nach Ansicht des Gemeindevorstehers zum Schöffen nicht alle geeignet erscheinen. Dagegen empfiehlt es sich, dem Gerichtsausschuß solche ungeeignet erscheinenden Personen durch ein (?) in der Liste neben dem Namen kenntlich zu machen.

Nachstehend bringe ich die §§ 31, 32, 33 und 34 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 zur Kenntnis:

Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.

Unfähig zu dem Amte eines Schöffen sind:

1. Personen, welche die Befähigung infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben; 2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann; 3. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind. Zu dem Amte eines Schöffen sollen nicht berufen werden: 1. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben; 2. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste den Wohnsitz in der Gemeinde noch nicht zwei volle Jahre haben; 3. Personen, welche für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen oder in den drei letzten Jahren von Aufstellung der Urliste zurückgerechnet, empfangen haben; 4. Personen welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zu dem Amte nicht geeignet sind.

Zu dem Amte eines Schöffen sollen ferner nicht berufen werden:

1. Minister; 2. Mitglieder der Senate der freien Hansestädte; 3. Reichsbeamte, welche jederzeit einstweilig in den Ruhestand versetzt werden können; 4. Staatsbeamte, welche auf Grund der Landesgesetze jederzeit einstweilig in den Ruhestand versetzt werden können; 5. richterliche Beamte und Beamte der Staatsanwaltschaft; 6. gerichtliche und polizeiliche Vollstreckungsbeamte; 7. Religionsdiener.

Die Landesgesetze können außer den vorbezeichneten Beamten höhere Verwaltungsbeamte bezeichnen, welche zum Amte eines Schöffen nicht berufen werden sollen. Die Formulare zu den Listen sind nur im Verlag des hiesigen Tageblattes zu beziehen.

Es wird darauf hingewiesen, daß durch das Gesetz vom 17. August 1920 (R.G.Bl. S. 1479) und vom 11. März 1921 (R.G.Bl. S. 230) die Dienstboten, Volksschullehrer und Soldaten sowie durch R.G. vom 25. April 1922 (R.G.Bl. S. 465) die Frauen in den Kreis der schöffenfähigen Personen eingezogen worden sind.

Eine Neuaufstellung der Urlisten ist nicht in jedem Jahre notwendig. Die Verwertung einer anderen Liste, etwa einer vorhandenen Wählerliste für eine Kommunalvertretung als Urliste ist nicht ausgeschlossen, wenn darin der Wegfall der Personen zwischen 20 und 30 Jahren und der sonst zum Schöffen nicht zu berufenden Personen sowie der Hinzutritt der fehlenden Personen deutlich erkennbar gemacht wird, und trotzdem der Liste die genügende Uebersichtlichkeit und Zuverlässigkeit gewahrt bleibt. Zum Beispiel könnte eine Liste mit folgender Aufschrift als Urliste ausgelegt (§ 36 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes R.G.Bl. 1898 S. 371) werden.

Diese Liste gilt als Urliste für die Schöffen und Geschworenen, in die die mit rotem Kreuz bezeichneten Personen als gestrichen und die mit roter Tinte nachgetragenen als eingefügt zu erachten sind.

Auch erscheint es nicht unzulässig, daß die Urliste zur weiteren Verwendung an den Gemeindevorstand zurückgegeben wird, nachdem aus ihr die Jahresliste und die Vorschlagsliste (§§ 44, 88 daf.) gebildet worden sind.

Merseburg, den 4. Juli 1924. **Der Landrat.**

Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund der Ausführungsverordnung vom 13. März 1924 hat der Herr Regierungspräsident bestimmt, daß landwirtschaftliche Arbeitnehmer von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge befreit werden können, wenn sie außerdem Besitzer oder Pächter eines landwirtschaftlichen Kleinberriebes von 6—8 Morgen (bei geringem Boden), 4—6 Morgen (bei mittlerem Boden), 2—4 Morgen (bei gutem Boden) sind. Anträge auf Befreiung sind durch die Gemeindebehörde an mich einzureichen.

Merseburg, den 8. Juli. 1924.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Betrifft: Aufhebung von Handelsbeschränkungen.

Durch Verordnung der Reichsregierung vom 26. Juni 1924 — R.G.Bl. S. 661 — sind die in der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 — R.G.Bl. S. 706 — enthaltenen Bestimmungen über Handelserlaubnis für Lebens- und Futtermittel einschl. Kartoffeln und Anlaufserlaubnis für Kartoffeln, Butter, Käse und Eier sowie Abschnitt II der Verordnung über Zucker vom 9. Oktober 1923 — R.G.Bl. I S. 936 mit Wirkung vom 1. Juli 1924 aufgehoben.

Die hier noch schwebenden Anträge werden als erledigt angesehen. Die eingereichten Lichtbilder stelle ich den Antragstellern in nächster Zeit durch die Ortspolizeibehörden zu.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 13. Juli 1923 — R.G.Bl. S. 715 — in Kraft bleibt.

Merseburg, den 10. Juli 1924. **Der Landrat.**

Die Vereinfachung unserer Devisengesetzgebung.

Während des Krieges und vor allem in der Nachkriegszeit wurde viel darüber geklagt, daß die Qualität unserer Gesetzgebung in dem Maße abnehme, in dem die Quantität zunehme, daß die Gesetze nicht mehr genügend durchgearbeitet seien, verschiedene Punkte ein und derselben Materie von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehend regelten, bald nach ihrem Erlaß als unzureichend oder zuweitgehend erkannt, ergänzt, abgeändert und teilweise wieder aufgehoben würden, sodaß bei vielen Gesetzesmaterien abgesehen von einigen Fachleuten niemand mehr eine rechte Uebersicht habe. Eines der Gebiete, auf denen diese Verwirrung besonders groß ist, ist die Devisengesetzgebung. Wir haben eine ganze Reihe von Verordnungen, die verschiedene Teile dieses weiten Gebietes regeln, aber ziemlich stark ineinander übergreifen; wir haben Verordnungen, die diese Verordnungen abändern, haben Ausführungsbestimmungen zu den Verordnungen und zu den abgeänderten Verordnungen, Vorschriften, die die Ausführungsbestimmungen zu den abgeänderten Verordnungen abändern usw. Bismarck erzählt einmal von der schleswig-holsteinischen Frage, drei Menschen hätten sich in diesem Wust überhaupt je ausgekannt, einer sei inzwischen gestorben, einer sei darüber verrückt geworden und er selbst, der dritte, habe ihn wieder vergessen. Mit unserer Devisengesetzgebung ist es nicht viel anders, nur ist hier der Schaden ungleich größer, da die Wirtschaft um jeden Preis klare Verhältnisse braucht.

Die Bestrebungen, die vielen einschlägigen Verordnungen usw. zu einer einzigen zusammenzufassen, haben in größerem Umfange unmittelbar nach der Stabilisierung der Mark eingesetzt. Sie gingen besonders stark vom besetzten Gebiet aus, wo die Lage unhaltbar geworden war, da die Interalliierte Rheinlandkommission die Unübersichtlichkeit dieser Vorschriften zum Vorwand nahm, die in Frage kommenden Verordnungen, deren Durchführung im besetzten Gebiet für den französischen und belgischen Frank natürlich nicht besonders förderlich gewesen wären, nicht zu genehmigen. Dadurch entstand folgendes Bild: im unbesetzten Deutschland wurden sie durchgeführt, im altbesetzten Gebiet wurden sie vollkommen ignoriert und im Einbruchsgebiet war ein gewisser Schwebezustand, indem ein Teil der Bevölkerung sich an die Bestimmungen hielt, ein anderer dagegen nicht. Vom Gebiet der interalliierten Rheinlandkommission aus konnte jedenfalls jeder die Devisenvorschriften beliebig umgehen. Das Schlimmste an dieser Situation war, daß dadurch die ohnehin nicht mehr übermäßig große Achtung der westlichen Gebiete vor den Reichsgesetzen außerordentlich litt.

Die maßgeblichen Reichsministerien waren indessen zu einer Kodifikation nicht zu bewegen. Sie wiesen vor allem darauf hin daß die „in kurzer Zeit zu erwartende" Gründung der deutschen Goldnotenbank ja doch eine vollkommene Aenderung unserer Devisengesetzgebung zur Folge haben müsse, und daß man nicht Vorschriften kodifizieren wolle, die man demnächst wieder abändern oder außer Kraft setzen müsse. Es half nichts, wenn man geltend machte, daß sich Ereignisse wie die Gründung der deutschen Goldnotenbank erfahrungsgemäß nicht von heute auf morgen vollzögen und daß die Verhältnisse vor allem im besetzten Gebiete schleunige Abhilfe erforderten, daß in jedem Falle die Kodifikation in der Hand besser sei als die Goldnotenbank auf dem Dach. Heute, 7½ Monate nach der Stabilisierung unserer Währung haben wir weder die Goldnotenbank, noch die Kodifikation der Devisengesetzgebung.

Allerdings haben sich die Verhältnisse in allerletzter Zeit insofern etwas gebessert, als die Entwicklung auf dem Devisenmarkt den Hauptanreiz, die Devisenvorschriften auf dem Umweg über das altbesetzte Gebiet zu umgehen, beseitigt hat. Aber es bleibt die Rechtsunsicherheit infolge der unübersichtlichen Devisengesetzgebung, die im besetzten Gebiet noch dadurch verschärft wird, daß auch die Besatzungsbehörden eine große Anzahl einschlägiger Vorschriften erlassen haben. Unter diesen Umständen ist es sehr zu begrüßen, daß nunmehr die deutschnationale Reichstagsfraktion den Antrag auf „Zusammenfassung und Neuregelung der in weit über hundert Einzelverordnungen zersplitterten „Devisengesetzgebung" gestellt hat. Hoffentlich gelingt es wenigstens auf diesem Wege, wenn auch vielleicht spät, die Kodifikation durchzusetzen. Im Hinblick auf die neue Goldnotenbank kann man ja die Verordnung, die dann die Regelung dieses gesamten Gebietes enthalten müßte, so gliedern, daß man im Laufe der zu erwartenden Entwicklung, jeweils ganze Abschnitte außerkraft setzen kann; dadurch wäre gleichzeitig eine wertvolle Vorarbeit für die Goldnotenbank geleistet.

Ein „neuer Fall Hermann".

Bei der Freitags-Sitzung des thüringer Landtages wurde in langen zum Teil außerordentlich temperamentvollen Verhandlungen über einen neuen „Fall Hermann" verhandelt. Neben dem bereits abgehandelten Fall betreffend Unregelmäßigkeit in der Aktenführung schwebt ein weiteres Verfahren gegen den ehemaligen Innenminister wegen der Zahlung von Gehalts- und Umzugskosten an den aus dem Staatsdienst entlassenen Regierungsrat Kopf in Höhe von 1 384 907 Mark durch den Minister. Der Betrag soll unrechtmäßiger Weise aus einem für die Landespolizei bestimmten Geheimfonds gedeckt worden sein. In einem zweiten Fall handelt es sich um den heimlichen Erwerb von Militärgewehren, deren Kosten er aus Ueberweisung des Reiches an das Land Thüringen für Steuervorschüsse der Gemeinde bestritt. Die Anklagebehörde erblickt in diesen Handlungen Hermanns den Tatbestand der Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Untreue und ersuchte behufs Strafverfolgung um Aufhebung der Immunität. Dem Antrag wurde vom Landtag stattgegeben.

Bei den Verhandlungen über die Aufhebung der Immunität kam es zu erregten Szenen. Hauptschreier war der kommunistische Abgeordnete Beck, der aus dem Saale gewiesen wurde. Beck wurde unter geringem Sträuben von Polizeibeamten hinausgebracht. Schließlich verließ die kommunistische Fraktion den Landtag, dessen Eingänge von Landespolizei besetzt waren.

Die Gedenkfeier am 3. August.

Für den kommenden 3. August, dem Tage, an dem sich der Kriegsausbruch zum 10. Mal jährt, hat die Reichsregierung zu einer Gedenkfeier aufgerufen zum Gedächtnis der Gefallenen. Verständigerweise hat sie alle parteipolitischen Wünsche bei der Vorbereitung zu dieser Feier beiseite gelassen. Der Platz am Reichstag soll nicht nur mit schwarz-rot-goldenen, sondern auch mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt werden; eine Selbstverständlichkeit, weil die Gefallenen ja für diese Farben gestorben sind. So haben sich von rechts bis links alle Verbände, Korporationen und Vereinigungen zur Teilnahme an den Veranstaltungen bereit gefunden. Leider fängt man von sozialistischer Seite her an, Anstoß an manchen Konzessionen zu nehmen, die die Reichsregierung gemacht hat und schließlich machen mußte, wenn sie nicht wollte, daß die große Masse des Volkes Feiern von sich aus veranstaltete. So äußert der „Vorwärts" seine peinlichen Gefühle den zugesagten schwarz-weiß-roten Fahnen gegenüber. Wir wollen hoffen, daß die Gedenkfeier für die Gefallenen, die ja im Kampfe für das ganze Volk ihr Leben verloren, nicht gestört wird, durch doch noch aufkeimende Sonderwünsche. Die allgemeine Stille des Verkehrs für 2 Minuten wird auf jeden Fall durchgeführt werden. Wenn dieser Gedanke auch in England zuerst aufgetauche und durchgeführt wurde, so muß man doch anerkennen, daß er die würdigste Form eines ehrenden Gedenkens ist, das Deutschland in seiner heutigen Lage aufbringen kann.

Der Unterausschuß des preußischen Landtages über die Verkäufe der staatlichen Porzellanmanufaktur

beschloß in seiner Freitagssitzung, am Sonnabendvormittag mit der Zeugenvernehmung zu beginnen. Zunächst sollen vernommen werden der frühere Handelsminister Fischbeck, der jetzige Handelsminister Dr. Stering, der frühere Direktor der Manufaktur Gohlke und höhere Beamte des Handelsministeriums. Ferner sollen die Berichte der Oberrechnungskammer und der Treuhandaktiengesellschaft vorgelegt werden. Dr. v. Richter wies im Laufe der Beratung die vom Abg. Heilmann in der „Voss. Ztg." aufgestellte Behauptung zurück, daß das Finanzministerium die Verdächtigungskampagne gegen den bisherigen Direktor Dr. Schneider mitgemacht habe. Abg. Heilmann erwiderte, auch diese Angelegenheit würde durch die Beweisaufnahme zu klären sein.

Von der französischen Armee.

Ueber die Stärke der französischen Armee im Jahre 1924 und über ihre augenblickliche Verteilung erfährt man jetzt nähere Einzelheiten. Die Gesamtstärke beträgt 780 000 Köpfe. Davon sind etwa 33 000 Offiziere und 747 000 Unteroffiziere und Mannschaften. Letztere verteilen sich etwa so, daß in Frankreich 378 000 stehen, in Algier und Tunis 70 000, ebensoviele in Marokko und in Syrien 27 000. In den besetzten Gebieten sind über 150 000 Köpfe vorhanden. Im Rheinland stehen 91 585 Mann, außerdem 3250 Offiziere. Im Ruhrgebiet stehen 50 994 Mann und 1761 Offiziere und im Saargebiet 5815 und 200 Offiziere. In den Gebieten der verschiedenen Kolonien sind 52 000 Mann untergebracht.

Eine polnische Regierungserklärung zur Wirtschaftskrise in Oberschlesien. (Deutschland ist schuld).

Der Wojwode für Oberschlesien, Bielski, gab auf einer Konferenz mit den Vertretern der Arbeiterschaft über die Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien im Namen der Polnischen Regierung eine Erklärung ab, daß Polen infolge seiner Finanzlage den Industriellen keine Kredite erteilen kann, auch eine Uebernahme der Industriewerke in Zwangsverwaltung verbiete sich aus denselben Gründen, zumal dann Verwicklungen völkerrechtlicher Natur zu erwarten seien. Die Regierung werde die Schwierigkeiten durch Ueberweisung möglichst großer Aufträge an die oberschlesische Industrie zu beheben suchen. Weiter wird erklärt, daß eine Kommission mit ausgiebigen Vollmachten eingesetzt sei, um die Ursachen an Ort und Stelle zu untersuchen. Bezeichnenderweise werden die Verhältnisse in Deutschland für die ganze Krise verantwortlich gemacht. Bei dieser Gelegenheit wurde abschließend mitgeteilt, daß die polnische Regierung bei der internationalen Arbeiterorganisation der Völkerliga Schritte unternommen habe, um die Bekämpfung der reaktionären Richtung in Deutschland herbeizuführen, da diese das Wohl der polnischen Arbeiterschaft und ihre erworbenen Rechte schwer gefährde, die Konkurrenz der polnischen Industrie herabzusetzen gedenke und die Grundlage der sozialen Gesetzgebung in Polen erschüttere (!!).

Spannung zwischen Moskau und Angora.

Aus Konstantinopel kommt die Nachricht von einer ernsten Spannung zwischen Angora und Moskau. Es wurden der russische Kommissar Casanoff, Militärbevollmächtigter der Sowjets in Angora, General Tunenbor und der Generalkonsul Pranselew unter der Beschuldigung der Spionage verhaftet. Die Sowjetregierung verlangt in einer drohend gehaltenen Note die Freilassung der Verhafteten. Die türkische Regierung hat die Freilassung abgelehnt und der Moskauer Regierung eröffnet, daß sie die Beziehungen zu Rußland abbrechen werde, falls die bolschewistische Propaganda in der Türkei nicht unverzüglich aufhöre.

Landwirtschaftliches.

Erleichterung des Stickstoffbezuges für die Landwirtschaft.

Erfahrungsgemäß ist es ausgeschlossen, der Landwirtschaft ihren gesamten Stickstoffbedarf in der eigentlichen Verbrauchszeit, im Frühjahr, rechtzeitig zuzuführen. Aus diesem Grunde haben Landwirtschaft und Industrie das gleiche Interesse daran, daß sich der Stickstoffbezug über das Jahr möglichst gleichmäßig verteilt. Um den Landwirten trotz der augenblicklichen Geldknappheit sofortigen Bezug zu ermöglichen, hat sich das Stickstoffsyndikat entschlossen, vorübergehend Sonderpreise einzuführen und weiter alle Ersichterungen einzuräumen. Danach werden die Preise für ein Kilogramm reinen Stickstoff für die Zeit vom 11. Juli bis 30. September 1924 wie folgt festgesetzt: Schwefelsaures Ammoniak (gewöhnliche Ware): 1. Juli 1 Mark, 1. August 1,03 Mark, 1. September 1,06 Mark: schwefelsaures Ammoniak (gedarrt und gemahlen) 1,02 Mark, 1,05 Mark, 1,08 Mark: salzsaures Ammoniak 1 Mark, 1,03 Mark, 1,06 Mark: Leunasalpeter 1 Mark, 1,03 Mark, 1,06 Mark: Kaliammonsalpeter 1 Mark, 1,03 Mark, 1,06 Mark; Natronsalpeter 1,12

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240714-18/fragment/page=0005

Mark, 1,15 Mark, 1,18 Mark: Kalksticktoff 0,90 bis 0,93 und 0,96 Mark. Dabei verlangt das Syndikat Barzahlung nur bis zu 25 Prozent des Rechnungsbetrages. Der Rest von drei Vierteln des Rechnungsbetrages kann in diskontfähigen Wechseln bezahlt werden. Auf die Barzahlung, so weit sie fristgemäß eingeht, gewährt das Syndikat einen Nachlaß von 7 Prozent. Der Wechselkredit ist diskontiert. Die neuen Sonderpreise bedeuten gegenüber den bisherigen etwa 13 Prozent unter dem Friedensstand liegenden Preisen eine erhebliche Herabsetzung.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Dürrenberg, 12. Juli. (Verschwunden.) Der Arbeiter Paul Grubareck aus Godbula hat sich seit Montag von Hause entfernt und ist bis heute noch nicht zurückgekehrt. Etwaige Wahrnehmungen über seinen Verbleib sind der nächsten Landjäger-Station zu melden.

Pappitz, 12. Juli. (In unsittlicher Weise) soll sich ein in den dreißiger Jahren stehender Mann einem 13-jährigen Mädchen gegenüber benommen haben. Die darüber mit Recht erregte Mutter fand auch die passenden Worte, worüber sich der Herr noch beleidigt fühlte. Er beantragte einen Sühnetermin, zu dem aber die Mutter des Kindes nicht erschienen war.

Nietleben, 12. Juli. (Gemeindevorsteher.) In der am Dienstag von der bürgerlichen Vertretung einberufenen überfüllt gewesenen Einwohnerversammlung gab dieselbe bekannt, daß sie an Stelle des bisherigen Gemeindevorstehers, Herrn Hammelsbeck den Gemeindekassen-Rendanten Herrn Platte zum besoldeten Gemeindevorsteher gewählt hat. Irgendein Widerspruch gegen die Wahl des Herrn Platte erfolgte aus der Versammlung nicht.

Querfurt, 12. Juli. (Festgenommen) wurde der vor einigen Tagen aus dem Gefängnis in Naumburg entflohene Arbeiter Karl Zimmermann. J. wurde von der hiesigen Schutzpolizei in seiner Wohnung, Döcklitztor, leder ergriffen und konnte dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt werden.

Bad Kösen, 11. Juli. (Die geplante Ausgestaltung unserer Stadt.) Vor den Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, der Aerztschaft und sonstigen geladenen Interessenten entwickelte der Bürgermeister Cloeet den Plan der Ausgestaltung und weiteren Entwicklung Kösens als Bad. Regierungsbaumeister a. D. Menge (Berlin) erläuterte den Prospekt an der Hand eines Situationsplanes und Zeichnungen. Er ist eng verknüpft mit der Errichtung der neuen Solbadeanstalt. Sie kommt jenseits des Schwanenteiches und erhält in ihrer äußeren Form ungefähr die Gestaltung des Kurmittelhauses. Der Teich selbst muß teilweise zugeschüttet werden und erhält eine ovale Form. Beide Gebäude werden durch einen säulenartigen Rundbogengang verbunden. In diesem werden Ausschankstellen für die hiesigen Quellwässer, den Mühlbrunnen und die Johannisquelle und alle deutschen Mineralwässer errichtet. Hinter dem Gradierwerk soll ein großes modernes Hotel entstehen, von dem aus man bei einem Durchblick durch das Gradierwerk einen Ueberblick über die beabsichtigten Neuanlagen hätte. Auf diese Weise würde eine Anlage geschaffen, ähnlich wie Wilhelmshöhe und Sanssouci. Neben dem Hotel ist die Errichtung eines Stadions vorgesehen.

Sargstedt, 9. Juli. (Stahlhelmtag.) Selten hat unser Dorf einen so reichen Schmuck von Fahnen und Girlanden getragen, wie zur Feier der Fahnenweihe des Stahlhelm und Wehrwolf. Ueberall neben einigen Preußenfahnen das alte, liebe „Schwarz-Weiß-Rot". Es war eine im besten Sinne des Wortes vaterländische Feier, die unsere Gemeinde begangen, unpolitisch nach allen Seiten. Der Kommers gab mit entsprechenden Gesangvorträgen und dem Vortrag vaterländischer Gedichte den rechten Auftakt. Im Laufe des Sonntagvormittags trafen die auswärtigen Gäste ein, deren Zahl stetig zunahm. Um 1 Uhr begann auf dem Festplatz die Feier der Fahnenweihe. Nach einem Vorspruch hielt Generalmajor v. Groddeck die von vaterländischem Geist und echter Kameradschaft getragene Weiherede und vollzog die Weihe der nun enthüllten Fahnen der Ortsgruppe des Stahlhelm und des Wehrwolf. Nach der Ueberreichung von Schärpen, Schleifen und Fahnennägeln seitens einheimischer und fremder Vereine, auch der politischen Gemeinde Sargstedt, traten die Versammelten, es mögen 1500 gewesen sein, in festlichem Zuge an, der zum Kriegerdenkmal bei der Kirche stattfand. Während vom Stahlhelm und Wehrwolf Kränze am Denkmal niedergelegt wurden, spielte die Musik ganz leise „Ich hatt' einen Kameraden", und sämtliche Fahnen senkten sich. Nach Gebet und Segen sang die Festgemeinde den 1. und 4 Vers von „Ein feste Burg ist unser Gott". Auf dem Rückmarsch zum Festplatz nahm Generalmajor von Groddeck die Parade ab. Damit schloß der offizielle Teil der Feier, dem ein gemütliches Zusammensein in den geräumigen Festzelten folgte.

Aus dem Reiche.

Torgau, 11. Juli. (Oberamtmann Hornung) auf Domäne Lichtenburg, eine in allen landwirtschaftlichen Kreisen der Provinz Sachsen angesehene Persönlichkeit, ist gestorben.

Weimar, 12. Juli. (Reichswehr für Weimar und Erfurt.) Wie man erfährt, ist in Sachen der Belegung der Städte Weimar und Erfurt mit Reichswehr eine für beide Städte günstige Wendung zu erwarten. Bekanntlich lagen die Hauptschwierigkeiten in den Finanzfragen bezüglich der Zugeständnisse der Stadtgemeinde Erfurt, die jedoch in diesen Tagen behoben werden dürften, so daß mit Sicherheit auf die baldige Belegung beider Städte mit Reichswehr gerechnet werden darf.

Erfurt, 12. Juli. (Bundestag der Thüringer Berg-, Burg- und Waldgemeinden.) Der Bund der Thüringer Berg-, Burg- und Waldgemeinden, dem 46 über ganz Thüringen verstreute Gemeinden mit etwa 3500 Nachbarn (Mitglieder) angehören, rüstet nunmehr zu seiner Bundestagung an 26. bis 29. Juli in Erfurt. Die Einladung d. Bundes erfolgte durch die alldienstäglich auf dem „Waldchlößchen" im hiesigen Steigerwalde tagende Trinius-Gemeinde. In erfreulicher Weise haben sich die in Rhode über dem „Waldschlößchen" tagende Krug-Gemeinde, die Rote-Berg-Gemeinde (Sitz auf dem Roten Berg bei Gispersleben) und sogar die bereits durch zahlreiche Aufführungen von Heimatspielen auf dem Riechheimer Berg rühmlichst bekannte Reichheimer Berg-Gemeinde der Einladung angeschlossen.

Berlin, 11. Juli. (100 000 Rentenmark unterschlagen.) Nach Unterschlagung von 100 000 Rentenmark zum Nachteil der Reichsbank ist der 32 jährige Reichsbankangestellte Fritz Kelle aus Hannover flüchtig geworden.

Berlin, 11. Juli. (Neuer Konflikt zwischen Aerzten und Krankenkasse n.) Die ärztliche Vertragsgemeinschaft Groß-Berlin e. V. (wirtschaftliche Abteilung des Groß-Berliner Aerztebundes) hat in einer Eingabe an das Versicherungsamt der Stadt Berlin diesem von fortgesetzten Uebertretungen der Verordnung über Aerzte und Krankenkassen vom 30. Oktober 1923 durch den Verband der Krankenkassen im Bezirk des Oberversicherungsamtes Groß-Berlin Kenntnis gegeben. Einmal wird darin bemängelt, daß die zwischen den Krankenkassen und einzelnen Aerzten zwecks Uebernahme der Behandlung Versicherter abgeschlossenen Verträge dem Verbandsausschuß nicht vorgelegt worden sind, so daß dieser den Inhalt und Wortlaut der Verträge nicht habe prüfen können. Insbesondere wird aber Einspruch dagegen erhoben, daß der Verband der Krankenkassen fortgesetzt versucht, auf diese oder jene Weise Aerzte als Kassen- oder Ambulatoriumsärzte anzuwerben. Sowohl die Versuche der Krankenkassen, Assistenzärzte hierfür zu gewinnen, wie auch die Versuche, auswärtige Aerzte hierfür nach Berlin zu ziehen, seien ein grober Verstoß gegen das Berliner Abkommen, das nach Inkrafttreten der Verordnung vom 30. Oktober 1923 weder der Verband der Krankenkassen, noch irgend eine Krankenkasse das Recht habe, selbständige Kassenärzte einzustellen. Dieses Verfahren der Kassen, so heißt es in der Eingabe, sei geeignet, den mit Mühe geschaffenen Frieden zwischen Aerzten und Kassen wieder zu stören.

Aus aller Welt.

Riga, 12. Juli. (Waldbrände im Ural.) Von riesigen Waldbränden im Uralgebiet berichten russische Blätter. Zur Bekämpfung der Brände sind Truppen herangezogen worden.

Der Tunnel.

Seit Jahren, vielmehr schon seit Jahrzehnten, beschäftigt man sich in England und Frankreich mit dem technisch sehr naheliegenden, politisch vieldeutigen und stimmungsmäßig stets wechselnden Gedanken, die beiden räumlich nur durch das schmale Wasser des Kanals getrennten Länder durch einen Tunnel zu verbinden. Man beschäftigt sich damit so eifrig, und fast leidenschaftlich und dabei unter so viel stets wiederkehrenden inneren Hemmungen, daß der Kanaltunnel gerade in seiner Nichtexistenz, in seiner Unerlöstheit aus dem Zustand des Erwägens und Planens zum Sinnbild englisch-französischer Beziehungen geworden ist. Der technische Gedanke ist, wie gesagt, alt, und ausführbar ist er gewiß. Kaum aber war der Plan zum ersten Male aufgetaucht, so stellte auch der für unseren unglücklichen Erdteil so kennzeichnende Begleitgedanke sich ein: Wie schützt man sich davor, daß im Falle eines Krieges französische oder englische Truppen von dem Friedenswerk der Ingenieurkunst einen sehr unfriedlichen Gebrauch machen? Dieser Argwohn, der auf der britischen Insel besonders stark war, ließ all die Jahre hindurch die Bedenken nicht zur Ruhe und den Kanalplan nicht zur Ausführung kommen.

Die Erörterungen, bald von den Wünschen der Techniker und Wirtschaftler angetrieben, bald wieder ermüdet, waren ein vortrefflicher Wettermesser der politischen Stimmungen zu beiden Seiten des Kanals. Als der Welt fast plötzlich das Wunder des Flugzeugs geschenkt wurde, und als das Wort: England ist keine Insel mehr, zum ersten Mal laut wurde, schien es, als hätten die Bedenken gegen den Tunnelweg den größten Teil ihrer Kraft verloren: dennoch wurden sie, in England wenigstens, eher stärker als schwächer. Das durch die Entwicklung des Flugwesens gesteigerte Mißtrauen des Inselvolkes überwand sogar den an sich sehr logischen Gedanken, den englisch-französische „Entente" durch den Tunnelbau technisch zu ergänzen.

Es kam der Weltkrieg. Deutsche Truppen standen an der flandrischen Küste. Die Sicherung des militärischen Bündnisses durch einen trockenen Weg von Dover nach Calais mußte den Westmächten verlockend erscheinen. Aber — hatte es sich nicht gezeigt, daß auch ein Dritter, ein gemeinsamer Feind, von der festländischen Kanalküste aus die britischen Inseln bedrohen könne? Das Ergebnis des Weltkrieges hat diese Furcht von England genommen; schwerlich wird in absehbarer Zeit eine andere Macht als eben Frankreich die Festungswerke von Calais beherrschen.

Wer bürgt indessen für Frankreich? Wer für die Dauer der Freundschaft oder gar des Bündnisses? Ein England, das fieberhaft daran arbeitete, gegen das Frankreich Poincares seine Luftrüstung zu vervollständigen, hatte wenig Neigung, auch noch unter der Erde mißtrauisch sein zu müssen. Vom Tunnel war einige Jahre lang nicht mehr die Rede. Als das politische System Poincares-Millerand durch das System Herriot ersetzt wurde, tauchte der Tunnelplan prompt wieder auf, ohne daß man allerdings, trotz feierlich angesagter Durchberatung im Reichsverteidigungsausschuß, zu einem bestimmten Ergebnis kam. Man sieht, der Kanaltunnel ist nicht in der Hauptsache, eine technische, nicht einmal eine militärische, sondern eine seelische und sinnbildliche Angelegenheit. Daß er für England militärisch eine ernste Gefahr sein könnte, ist schwer zu glauben. Aber er ist unterirdisch wie die Diplomatie und dunkel wie die Zukunft. Man hat eine abergläubische Scheu vor ihm.

Kunst und Wissenschaft

Howard Carters Einreise in Aegypten beanstandet. Aus London wird gemeldet: Die ägyptische Regierung hat die Ankündigung Howard Carters, daß er sich auf dem Wege nach Aegypten befinde, um die Arbeiten an dem Königsgrabe von Luxor fortzusetzen, gestern mit der Erklärung beantwortet, daß Carter, bevor er seine Forschertätigkeit fortsetzen darf, folgende Bedingungen erfüllen müsse: Carter, die Vertreter der Erben des Lord Carnarvon und Carters Rechtsanwalt müssen in feierlicher Form Abbitte leisten für die verletzenden Behauptungen, die sie gegen die ägyptische Regierung und gegen den Minister für die öffentlichen Arbeiten vorgebracht haben; Carter dürfe das Königsgrab nur besuchen unter ständiger Kontrolle von ägyptischen Beamten; Carter muß alle Nachrichten über den Verlauf seiner Untersuchungen zuerst dem Ministerium für öffentliche Arbeiten vorlegen, das sie dann in Aegypten verbreitet, bevor es gestattet wird, daß sie dem Auslande gemeldet werden. Die letztere Bestimmung ist für Carter besonders unangenehm, da er aus dem Vermögen der Familie Carnarvon keine namhaften Geldunterstützungen oder Gehälter mehr beziehen kann, da das Vermögen des Lords unter seine vier Kinder aufgeteilt worden ist, nachdem es um etwa 30 Prozent durch die englische Erbschaftssteuer vermindert wurde. Carter kann seine Untersuchungen nur dann mit Erfolg fortsetzen, wenn er durch die journalistische Verwertung seiner Arbeitsergebnisse sich ernähren kann. Carter hat den Journalisten kürzlich erklärt, daß er noch nicht die Hälfte der zu leistenden Forschungstätigkeit habe leisten können.

Eine Universität in Saloniki. Der griechische Unterrichtsminister hat in der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Gründung einer Universität in Saloniki eingebracht, an der vor allem die praktischen, die politischen und die volkswirtschaftlichen Wissenschaften gepflegt werden sollen.

Turnen, Spiel und Sport.

Mitteldeutsche Athletik-Meisterschaften.

In Magdeburg fanden gestern die Kämpfe um die Mitteldeutschen Athletik-Meisterschaften statt. Der Saalegau konnte nichts besonderes erreichen. Bauer, Halle belegte im 1500 Meter-Lauf den 3. Platz. Schwarze, Halle gewann den Dreikampf.

100 Mtr.: 1. Friedrich-Leipzig 10,8 Sek., 2. Wiebrich-Leipzig 2 Mtr. zurück, 3. Hempel-Dessau weitere 3 Mtr.

200 Mtr.: 1. Friedrich-Leipzig 22,3, 2. Wiebrich-Leipzig 1 Mtr. zurück, 3. Roch-Dresden.

400 Meter: 1. Weidig Erfurt 50,6 Sek., 2. Aleyt Magdeburg, 1 Meter zurück, 3. Grauert Dresden 5 Meter zurück.

800 Meter: 1. Jakobis Magdeburg 2:02,2, 2. Fannrich Magdeburg, Brustweite zurück, 3. Fritzsche Leipzig 1 Meter zurück.

1500 Meter: 1. Ehrig-Leipzig 4:12,4, Dähnert Magdeburg 10 Meter, Bauer Halle weitere 15 Meter.

5000 Meter: 1. Graßmann-Bielau 16:01,3, 2. Lang-Freital, 200 Meter zurück, 3. Mohrin-Magdeburg 500 Meter zurück.

10 000 Meter. Graßmus-Meißen, 2. Ziesche-Leipzig, 2. Schellhorn-Sonneberg.

110 Meter Hürden: 1. Weinhold (Dresden) 161,8 Sek. 2. Niemeyer.

4×100 Meter: 1. Viktoria 96 und 1. S. C. Dresden totes Rennen 44,3, Guts-Muths Dresden.

3×1000 Meter: 1. Germania Magdeburg 8:07,8, 2. V. f. L. Leipzig 25 Meter zurück, 3. V. f. L. Halle 96 weitere 5 Meter zurück.

Weitsprung: 1. Hempel-Dessau 6,77 Meter, 2. Hofmann-Leipzig 6,60 Meter, 3. Pfeifer-Lausch.

Hochsprung: 1. F. Huhn-Jena 1,77 Meter, Berthold-Chemnitz 1,75,5 Meter.

Stabhochsprung: 1. Pabstdorf, Gutsmuts Dresden, 3,34 Meter, 2. Fiedler, VfB. Leipzig 3,14 Meter.

Kugelstoßen, Bestband: 1. Dr. Luther, Neustadt, 11,85 Meter, 2. Hauptmann, Leipzig BC. 11,43 Meter, 3. Tannenberg, Vikt. Zerbst 10,99 Meter.

Kugelstoßen, beidarmig: 1. Dr. Luther, Neustadt 20,41 Meter, 2. Hauptmann, Leipzig BC. 20,32 Meter, 3. Tannenberg, Vikt. Zerbst 18,83 Meter.

Diskuswerfen, Bestband: 1. Lösch Sportklub Weimar 35,99 Meter, 2. Niemeyer, Dresdener SC. 34,39 Meter, 3. Dr. Luther SV. Neustadt 33,40.

Diskuswerfen, beidarmig: 1. Dr. Luther, Neustadt 60,29 Meter, 2. Lösch Weimar 58,40 Meter, 3. Niemeyer Dresdner SC. 57,63 Meter.

Speerwerfen, Bestband: Wöltge, Dessau 51,15 Meter, 2. Lösch Weimar, 48,70 Meter, 3. Kölsch, Viktoria Zerbst 48,61 Meter.

Speerwerfen, beidarmig: 1. Wöltge Dessau 81,05 Meter, 2. Biedermann VfB. Jena 73,68 Meter, 3. Kölsch Viktoria Zerbst 70,70 Meter.

Dreikampf: 1. Schwarze Halle 1898 158 P., 2. Hauch Mawe Leipzig 150 P., 3. Papsdorf Gutsmuts Dresden 149 P.

Die Sonderpostenschau (Ausstellung) des Vereins für deutsche Schäferhunde, Ortsgruppe Merseburg

fand am gestrigen Sonntag bei dem sprichwörtlich gewordenen „Hundewetter" in diesem Falle „schönem Wetter" im Kasernenhofe statt. Es waren über 70 Hunde gemeldet. In der Schönheitskonkurrenz erhielten Preise Altersklasse Rüden, den 1. Preis Carlo vom Meisterrecht Besitzer P. Mehler, Apolda, 2. Preis Alf. v. Edelsaß Bes. W. Otte, Apolda, 3. Preis Frank von Blassenberg Bes. H. Schebera Reideburg, 4. Preis Arno v. Mädchenfelsen, Bes. Börner, Halle 5. Preis Götz v. Giebichenstein, Bes. F. Schröter, Sennewitz. Jugendklasse Rüden, 1. Preis. Bei v. Edelsaß, Bes. A. Bersig, Apolda, 2. Preis der Bruder des vorigen Baldo v. Edelsaß, Bes. Zimmermann, Apolda, 3. Preis Ein in Merseburg gezüchteter Rüde Claus v. schmucken Hänsl, Bes. R. Krüger, Merseburg, 4. Preis Geri von Eichert, Bes. Häberle, Merseburg, 5. Preis Arno v. d. Muttlauer Schweiz, Bes. W. Mitzing, Langendorf, 6. Preis Argus v. Großstorkwitz, Bes. Lindner, Carsdorf, 7. Preis Bill vom Saalewehr, Bes. Wittig, Halle. Altersklasse Hündinnen wurden nur 3 Preise vergeben. 1. Preis erhielt Else v. Adlersberg, Bes. Zimmermann, Apolda, 2. Preis, Anni vom Hirtenrasen, Bes. Zesse, Kötzschen, 3. Preis erhielt wieder eine in Merseburg gezüchtete Hündin Bella v. schmucken Hänsl, Bes. Hülse, Barnstedt. Jugendklasse Hündinnen 1. Preis Werra d. Oeringen, Bes. Müller, Merseburg, 2. Preis Gerda v. Weimar, Bes. Weske, Möckerling, 3. Preis, Prinzeß v. Charlottenhof, Bes. Weise, Dessau. Diese Hunde erhielten von Freunden und Gönnern der Schäferhundsache gestiftete wertvolle Ehrenpreise. Im allgemeinen war das zur Schau gestellte Material wie mir Kenner sagten weit über den Durchschnitt dessen, was aus großen Ausstellungen gezeigt wurde.

Am Nachmittag wurden noch 7 sehr gut ausgebildete Schutz-, Polizei- und Polizeidiensthunde in der Arbeit vorgeführt und kam auch das Publikum hierbei zu seinem Recht. Wir wünschen der rührigen Ortsgruppe unter ihrer neuen Leitung zu ihrer nächsten Veranstaltung einen recht guten pekuniären Erfolg.

Handel und Verkehr.

Herabsetzung der Habenzinsen.

Wie verlautet, haben die Mitglieder der Stempelvereinigung beschlossen, mit Wirkung vom 14. Juli 1924 ab auf Gelder 6 pCt. p. a. gegen bisher 8 pCt. p. a. Habenzinsen für täglich verfügbare Rentenmark- und Papiermarkguthaben zu vergüten.

Produktenmarkt.

Berlin, 12. Juli. Heute wurde bekannt, daß der Reichsernährungsminister die Ermächtigung erteilt habe, Getreide auszuführen, soweit es im Inlande z. Z. nicht abgesetzt werden kann, was von Fall zu Fall durch die Reichsgetreidestelle nachzuprüfen ist. Daraufhin nahm heute das Getreidegeschäft sehr lebhafte Formen an und führte zu Preissteigerungen, die namentlich für Weizen erheblich waren, da hierfür nur geringes Angebot vorlag. Auch Mehl konnte etwas im Preise anziehen.

Leipzig, 12. Juli. Weizen inl. 150—158, Roggen inl. 150—158, Gerste, Sommer inl. 155—165, do. Wintergerste 145—155, Hafer inl. 142—152, Mais amerik. 160—170, Raps 200—220. Preise für 1000 Kilo frachtfrei Leipzig in Goldmark.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 12. Juli.

Auftrieb: 2764 Rinder, 761 Bullen, 636 Ochsen, 1367 Kühe und Färsen, 1400 Kälber, 7407 Schafe, 8833 Schweine. 7 Ziegen, 21 Auslandsschweine. Verlauf des Marktes: Bei Rindern ruhig, bei Kälbern ziemlich glatt, bei Schafen und Schweinen ruhig. Ochsen: a) 38—41, b) 32—35, c) 27—30, d) 23—26. Bullen: a) 34—36, b) 30—38, c) 25—28. Kühe und Färsen: a) 33—41, b) 33—41, c) 27—31, d) 20—25, e) 13—17. Fresser: 23—27. Kälber: a) —, b) 60—65, c) 50—55, d) 38—45, e) 30—35' Schafe: a) 38—45, b) 25—35, c) 15—20. Schweine: a) —, b) 59—60, c) 56—58, d) 54—56, e) 50—52, f) 48. Sauen 50—55. Ziegen: 15—20.

Magerviehmarkt Friedrichsfelde b. Berlin vom 17. 7.

Auftrieb: 585 Stück Rindvieh. Milchkühe 546, Zugochsen 10, Bullen 8, Jungvieh 21, Kälber 164, Pferde 876, Schafe 1, Ziegen 3, Schweine 3. Verlauf des Marktes: Ruhiges Geschäft bei wenig veränderten Preisen. Es wurden gezahlt für Milchkühe: a) 260—400, b) 200—250, c) 140—200 Mk. Tragende Färsen: a) 200—300, b) 140—200 Mark. Zugochsen: a) gelbes Frankenvieh, b) und c) alle 30—40 Mark. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere, Färsen 20—26 Mark. — Pferdemarkt: 1. Klasse 1100—1500, 2. 800—1100, 3. 500—800, 4. 300—450 Mark. Der Markt verlief lebhafter bei unveränderten Preisen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240714-18/fragment/page=0006